

Vorverfahren und Hauptverfahren.

Eine Replik.

Von Dr. Kroneder, Landgerichtsrat in Berlin.

I.

Vor zwei Jahren habe ich in dieser Zeitschrift¹⁾ „die Reformbedürftigkeit des Vorverfahrens im Strafprozeß“ darzulegen versucht und ausgeführt, daß im heutigen schriftlichen Vorverfahren die Auswahl der vorzunehmenden Beweis-handlungen mangelhaft ist, weil sie ohne genügende Mitwirkung der Prozeßbeteiligten erfolgt, — daß die Aufnahme der Beweise mangelhaft ist, weil sie ohne Zuziehung der Prozeßbeteiligten vor sich geht, und daß die Überlieferung der aufgenommenen Beweise an die über die Eröffnung des Hauptverfahrens entscheidenden Behörden eine mangelhafte ist, weil diesen die Beweise nicht unmittelbar, sondern durch die vielfach unzuverlässige Vermittlung gerichtlicher oder polizeilicher Protokolle vorgeführt werden.

Weiter wurde dort erörtert, daß die Protokolle des Vorverfahrens durch die Verwertung, welche sie in der Hauptverhandlung erfahren, vielfach einen ungünstigen Einfluß auf den Gang der letzteren ausüben, und daß das schriftliche Vorverfahren in allen Fällen eine ungemein große Verschleppung des Verfahrens und die Verwendung zu vieler Beamtenkräfte herbeiführt. Daran war das Verlangen nach Einführung eines auf Mündlichkeit und Unmittelbarkeit beruhenden Vorverfahrens geknüpft, wie es Gneist in seinen „Vier Fragen“ und Marquardsen und von Puttkammer in der Reichsjustizkommission befürwortet hatten.

Hiergegen hat sich von Kries in einer ausführlichen Arbeit

¹⁾ Ab. 7 S. 395 ff.

gewendet,²⁾ in der er außerdem noch die Reformideen Johns,³⁾ aber auch den geltenden Rechtszustand bekämpft und seinerseits Verbesserungsvorschläge aufstellt.

In dieser Abhandlung wird zunächst die Behauptung vorgebracht, daß der Strafprozeß auf den aus dem Zivilprozeß gewonnenen Begriffen und Sätzen aufzubauen sei.⁴⁾ Nach einer gegen John gerichteten Ausführung wird der Begriff der Aufgabe des Vorverfahrens in eigenartiger Weise bestimmt und die von mir im Anschluß an Heinze gegebene Definition zurückgewiesen.⁵⁾ Es werden weiterhin die von mir gegen das jetzige Verfahren erhobenen Einwendungen als unbegründet bezeichnet; insbesondere erachtet Kries es für unnötig und unmöglich, dem Beschuldigten während des Vorverfahrens einen Einfluß auf die Sammlung und Auswahl der Beweise zuzugestehen oder ihm die Beweismittel im Vorverfahren unmittelbar vorzuführen; dies brauche wie im Zivilprozeß erst in der Hauptverhandlung zu geschehen.⁶⁾ Die Berücksichtigung des Verteidigungsbeweises im Vorverfahren sei auch deshalb überflüssig, weil von einer selbständigen Beweisführung im Interesse der Verteidigung — vom Alibi abgesehen — fast nie die Rede sei, indem das materielle Strafrecht keine Einwendungen kenne.⁷⁾ Das von mir vorgeschlagene Verfahren lasse in den zahlreichen Fällen im Stich, in denen eine Vernehmung des Beschuldigten oder eine Verhaftung in einem Zeitpunkte erforderlich werde, wo man über den wirklichen Hergang der Sache noch gar nicht orientiert sei.⁸⁾ Das erwähnte Verfahren sei überhaupt nur möglich, wenn man sich die Aufgaben des Ermittlungsverfahrens bereits gelöst denke;⁹⁾ außerdem würde es stets der Hauptverhandlung vorgreifen und diese beeinträchtigen.

Aber auch das jetzige Verfahren erachtet Kries für sachwidrig; das Institut der gerichtlichen Voruntersuchung sei auf unklaren Voraussetzungen aufgebaut¹⁰⁾ und fördere die Interessen des Be-

²⁾ Ztschr. Bd. 9 S. 1—105.

³⁾ Kommentar Bd. 2 S. 200 ff.

⁴⁾ S. 17.

⁵⁾ S. 45.

⁶⁾ S. 47—49.

⁷⁾ S. 44 Anm. 43 u. S. 89 Anm. 87.

⁸⁾ S. 98.

⁹⁾ S. 99.

¹⁰⁾ S. 75.

schuldigsten nicht nur nicht, sondern beeinträchtigte dieselben auf das erheblichste.¹¹⁾ Betreffs der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens seien nur zwei Möglichkeiten denkbar: entweder sie ergehe auf Grund unzuverlässigen Materials und sei deshalb wertlos, oder sie antizipiere und schädige daher die Hauptverhandlung. Daher müsse sowohl die gerichtliche Voruntersuchung als der Eröffnungsbeschluß beseitigt werden; das Vorverfahren und die Entschliebung darüber, ob eine Hauptverhandlung gegen einen bestimmten Beschuldigten stattzufinden habe, sei der Staatsanwaltschaft zu überlassen. Die Entscheidungen über Anwendung von Zwangsmitteln im Vorverfahren will Kries einem Richter übertragen, der hierüber besondere Akten zu führen, mit der Untersuchung selbst aber nichts zu thun hat. — Um den Entlastungsanträgen des Angeklagten im Hauptverfahren bessere Berücksichtigung zu verschaffen, sei dem Angeklagten ein absolutes Recht zu gewähren, Vertagung zu fordern, dafür aber die dreitägige Frist des § 228 auf 1—2 Wochen zu verlängern.¹²⁾

Diese Ausführungen sind nunmehr im Einzelnen zu prüfen.

II.

Kries knüpft an den von Pland angebahnten, von Heinze getadelten Versuch an, den gesamten Strafprozeß auf zivilprozeßualen Materialien aufzubauen; er sagt, daß diese Thätigkeit sehr zum Schaden der Sache bisher unterblieben und erst in neuester Zeit, vor allem in Johns Kommentar Bd. 1 begonnen sei.¹³⁾ An der betreffenden Stelle bezeichnet Kries allerdings zunächst — beispielsweise — „Prozeßfähigkeit, Rechtshängigkeit, Prozeßvoraussetzung, Glaubhaftmachung“ — als Begriffe, betreffs deren jene Arbeit vorgenommen werden müsse.

Obwohl nun schon hiergegen, namentlich bezüglich der Prozeßfähigkeit, erhebliche Bedenken geltend zu machen sind, so sollen doch

¹¹⁾ S. 83, 84.

¹²⁾ S. 45.

¹³⁾ S. 17 Anm. 15. John nimmt übrigens diese „Fruttifizierung“ der zivilprozeßualen Begriffe für den Strafprozeß in weit geringerem Umfange vor als Kries; er stellt beide Prozeßarten in eine Reihe hauptsächlich in bezug auf die Erforschung der materiellen Wahrheit (Bd. 1 S. 14 ff.) und das Beweisrecht (ebd. S. 460 ff.). Daß John aber die Verschiedenheiten von Straf- und Zivilprozeß besser erkennt als Kries, ergeben seine Erörterungen Bd. 1 S. 12—14.

die betreffenden Fragen, als nicht im unmittelbaren Zusammenhange mit dem Gegenstande der vorliegenden Abhandlung stehend, hier unerörtert bleiben.

Schriftsteller, welche vor Kries für den Strafprozeß die Analogie des Zivilprozesses heranzogen, haben teils auf Grund dieser Analogie, teils auf Grund des Anklageprinzips Abänderungen des geltenden Verfahrens verlangt; diese Reformen sollten aber durchweg die Stellung des Beschuldigten verbessern, während Kries die Begriffe des Zivilprozesses in der Weise für den Strafprozeß verwertet, daß das Ergebnis hauptsächlich der Anklage zu gute kommt. — Jene ältern Schriftsteller verlangten z. B. die Beseitigung der schon im jetzigen Recht viel zu sehr eingeschränkten Kollusionshaft, weil sie die „Parteiungleichheit“ verletze.¹⁴⁾ Hiergegen erklärt sich Kries, aber von seinem Standpunkte aus mit Unrecht; denn sobald man die Analogie des Zivilprozesses heranzieht, muß man auch den Begriff der „Parteien“ und der „Parteiungleichheit“ für den Strafprozeß anerkennen.

Der Zivilprozeß und der Strafprozeß sind aber, wie besonders Glaser¹⁵⁾ ausgeführt hat, in ihrem Wesen grundverschieden. Im erstern ist die Parteiungleichheit notwendig; im letztern kann von Parteien und Parteiungleichheit im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein. Im Zivilprozeß stehen sich zwei Privatpersonen gegenüber; der Kläger will sein angebliches Recht erkämpfen, der Beklagte sein angebliches Recht verteidigen. Die Möglichkeit liegt hier stets vor, daß eine von beiden Parteien streitet, trotzdem sie sich ihres Unrechts bewußt ist, und daß sie dann, um den Prozeß zu gewinnen, unlautere Mittel anwendet; der Staat kann sich jedoch damit begnügen, gegen derartige Kunstgriffe einzuschreiten, sobald sie unter ein Strafgesetz fallen; ihnen vorbeugend zu begegnen, liegt kein Grund vor. Bei dem Ausgang des Prozesses, bei welchem es sich um Privatrechte handelt, ist der Staat nicht interessiert; er hat durch seine Einrichtungen nur dahin zu wirken, daß demjenigen, welchem nach Maßgabe des dem erkennenden Richter vorgelegten tatsächlichen Materials und der darüber aufgenommenen Beweise das beanspruchte Recht gebührt, dies Recht auch wirklich zugesprochen

¹⁴⁾ Vgl. z. B. die bei Kries S. 29 angeführten Stellen und Geyer, Lehrbuch S. 581.

¹⁵⁾ Handb. Ab. 1 S. 14 ff. S. 239 ff.

werde. Daran, wie die Parteien sich jenes Material beschaffen, hat der Staat in der Regel kein Interesse und wirkt deshalb im Allgemeinen hierbei nicht mit.

Ganz anders im Strafprozeß. Hier steht auf der einen Seite der Staat, vertreten durch seine Staatsanwaltschaft, der nur die Verwirklichung des Rechts, die Bestrafung des Schuldigen will; auf der andern Seite eine Privatperson, die um jeden Preis, auch durch Flucht, Lügen und Verdunkelungen des Thatbestandes sich vor einer unverdienten, noch öfter aber vor einer verdienten Strafe schützen will. Die Gefahr der Anwendung unlauterer Mittel ist hier auf seiten des Angeklagten bedeutender, als im Zivilprozeß auf seiten beider Parteien, weil in letzterem in der Regel nur um Vermögensrechte, im Strafprozeß seitens des Beschuldigten meist um die Freiheit und die bürgerliche Existenz gestritten wird, und weil der Beschuldigte in der Mehrzahl der Fälle auf einer niedrigeren sittlichen Stufe steht, als die Partei im Zivilprozeß. Andererseits hat der Staat hier ein viel größeres Interesse, als im Civilprozeß, ein sachgemäßes Urteil herbeizuführen, weil der Bestand der Rechtsordnung in höherm Maße davon abhängt, daß kein Schuldiger der verdienten Strafe entgehe und kein Unschuldiger bestraft werde, als davon, daß im Zivilprozeß jedem sein Recht werde. Darum müssen dem Staate im Strafverfahren, namentlich auch schon im Vorverfahren, alle Mittel amtlicher Sicherung und Feststellung zur Verfügung stehen und Befugnisse eingeräumt werden, welche der Kläger im Zivilprozeß nicht hat; darum muß der Beschuldigte andererseits sich Beschränkungen gefallen lassen, die dem Beklagten im Zivilprozeß nicht auferlegt zu werden brauchen. Diese Ungleichheit darf aber nicht weiter gehen, als ihr Zweck unbedingt erfordert; daß dies im heutigen Recht, insbesondere im Vorverfahren, in höherem Maße geschehen ist, sollte in meiner oben erwähnten Abhandlung nachgewiesen werden. Das Übergewicht des Staates muß zu gunsten des Beschuldigten insoweit eine gewisse Ausgleichung erfahren, als erforderlich ist, um nach Möglichkeit die Verurteilung Unschuldiger zu verhüten, welche für den Staat ein größeres Übel ist, als die Freisprechung Schuldiger.¹⁶⁾

Hiernach müssen sich Stellung und Rechte der Prozeßbeteiligten im Strafprozeß durchaus anders gestalten als im Zivilprozeß; eine

¹⁶⁾ Vgl. Glaser a. O. S. 15, 240.

Zeitschr. f. d. gef. Strafrechtsw. X.

Heranziehung zivilprozessualer Anschauungen für den Aufbau des Strafprozesses ist daher in diesem Punkte durchaus unstatthaft. Es ist demgemäß auch unrichtig, wenn Kries die Gewährung selbständiger Prozeßbefugnisse an den Angeschuldigten im Vorverfahren unter Hinweis auf den Zivilprozeß ablehnt.¹⁷⁾ Die nähere Erörterung dieses Punktes kann erst weiter unten erfolgen;¹⁸⁾ als Ausgangspunkt muß zunächst der Begriff und die Aufgabe des Vorverfahrens festgestellt werden.

III.

In meiner erwähnten Abhandlung¹⁹⁾ hatte ich im Anschluß an Heinze ausgeführt:

„Die Aufgaben des Vorverfahrens sind zweierlei Art. Es soll erstens eine zuverlässige Grundlage für die Entscheidung der Frage geschaffen werden, ob überhaupt ein Hauptverfahren stattzufinden hat, und zweitens soll dem erkennenden Gericht das Material beschafft werden, dessen es für die Hauptverhandlung bedarf.“

Kries behauptet, daß hier „beinahe in jedem Wort eine Unrichtigkeit stecke“. ²⁰⁾ Zur Begründung dieser Behauptung führt er folgendes an:

1. Es werde hier der „Irrtum“ erregt, als ob jedes Vorverfahren zu einer Entscheidung darüber führen müsse, ob überhaupt ein Hauptverfahren stattzufinden hat. Das Vorverfahren könne ebensogut im Sande verlaufen, indem nämlich der Staatsanwalt, anstatt sich zwischen Klageerhebung und Einstellung des Verfahrens schlüssig zu machen, die Sache im Gange erhalte, in der Hoffnung, daß sich im Laufe der Zeit weiteres Material finden werde.

Diese Darlegung geht von einer unrichtigen Anschauung über den Endpunkt des Vorverfahrens aus. Erhält der Staatsanwalt die Sache im Gange, mit andern Worten, verfügt er, daß die Akten nach einer bestimmten Zeit wieder vorzulegen sind, in der Hoffnung, daß sich in der Zwischenzeit neues Material finden werde, so ist zur Zeit dieser Verfügung das Vorverfahren noch nicht beendet und die Grundlage für die Entschließung, ob die öffentliche

¹⁷⁾ S. 49.

¹⁸⁾ Nr. V, VI.

¹⁹⁾ S. 410.

²⁰⁾ S. 46.

Klage zu erheben oder das Verfahren einzustellen, noch nicht geschaffen; keineswegs kann also gesagt werden, daß ein solches Vorverfahren „im Sande verlaufen“ ist. — Der Staatsanwalt pflegt übrigens nur dann in der erwähnten Weise vorzugehen, wenn er Hoffnung hat, daß ihm in einer absehbaren Zeit bestimmte weitere Beweismittel zu Gebote stehen würden, z. B. Zeugen, die der Person nach bekannt, aber augenblicklich nicht zu ermitteln sind; dann fehlt es an jedem auch nur vorläufigen Abschluß des Verfahrens. Auf die bloße unbestimmte Hoffnung hin, daß weitere bisher unbekannte Anhaltspunkte für die Feststellung des Thatbestandes auftauchen würden, ordnet der Staatsanwalt die Wiedervorlegung der Akten in der Regel nicht an, weil er durch ein derartiges Verfahren das Sekretariat mit Reproduktionen und sich mit Dezernat unnötig belasten würde. In derartigen Fällen verfügt er daher die Einstellung des Verfahrens; finden sich später neue Beweismittel, so wird die Sache wieder aufgenommen, was ja nicht nur hier, sondern sogar nach einem die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnenden Gerichtsbeschluß zulässig ist.

2. Sodann, sagt Kries, sei es irreführend, von einer „Entscheidung“ zu reden; mit diesem Ausdruck werde zu leicht die Vorstellung verbunden, die Entscheidung müsse unparteiisch ergehen und der materiellen Wahrheit entsprechen. Es handle sich hier nur um einen Entschluß; man könne es sonst ebenjogut eine „Entscheidung der Staatsanwaltschaft“ nennen, in einer Sache die Berufung einzulegen.

Diese Ausführung ist unzutreffend.

Bei Beantwortung der Frage, ob hier von einer „Entscheidung“ gesprochen werden kann, sind zwei Fälle auseinander zu halten.

a) Die Staatsanwaltschaft kommt zu dem Entschluß, die öffentliche Klage nicht zu erheben. In diesem Fall tritt nach bestehendem Recht das Gericht nicht in Thätigkeit, und es herrscht Einigkeit darüber, daß dies Verfahren beizubehalten ist. Aber die Verfügung der Staatsanwaltschaft selbst, durch welche sie ihren auf Nichterhebung der öffentlichen Klage gerichteten Entschluß kundgibt, trägt den Charakter einer das Verfahren abschließenden Entscheidung. Die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft in diesem Prozeßstadium nach Möglichkeit unparteiisch und im Sinne der materiellen Wahrheit vorzugehen, ergibt sich aus der legislatorisch wohlbegründeten

Bestimmung,²¹⁾ wonach die erwähnte Behörde nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln hat. Die Einstellungsverfügung charakterisiert sich als Entscheidung aber noch besonders dadurch, daß sie in den weitaus meisten Fällen, nämlich wenn eine Behörde oder Privatperson die Strafverfolgung beantragt hat,²²⁾ mit Gründen versehen sein muß,²³⁾ und unter Umständen anfechtbar ist.²⁴⁾

Hiernach ist es verfehlt, die betreffende Verfügung der Staatsanwaltschaft mit der Entschliebung darüber, ob ein Rechtsmittel einzulegen, in eine Reihe zu stellen.

b) Die Staatsanwaltschaft entschließt sich, die öffentliche Klage zu erheben. Diese Klage trägt nach dem geltenden Recht, gleichviel ob sie durch einen Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung oder durch Einreichung einer Klage erhoben wird, nicht den Charakter einer Entscheidung; wohl dagegen ist die auf die Klage ergehende gerichtliche Entschliebung, — Eröffnung der Voruntersuchung oder Ablehnung des hierauf gerichteten Antrages, — Beschluß auf Eröffnung oder Nichteröffnung des Hauptverfahrens, — als Entscheidung anzusehen. Einige Schriftsteller fordern nun aber, daß das geltende Recht geändert werde und der Gerichtsbeschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ganz weg falle,²⁵⁾ oder doch nur dann ergehen, wenn der Angeschuldigte dies verlangt.²⁶⁾ Diese Gestaltung des Verfahrens wäre der jetzigen immerhin vorzuziehen.²⁷⁾ Dann würde aber die Entschliebung des Staatsanwalts, die öffentliche Klage zu erheben, die Natur einer Entscheidung er-

²¹⁾ § 158 Abs. 2.

²²⁾ Vgl. Loewe S. A. S. 427 Anm. 5 zu § 158: „Die Entschliebung der Staatsanwaltschaft über die Erhebung der öffentlichen Klage hat da, wo ein Antrag auf Strafverfolgung zurückgewiesen wird, in gewissem Maße sogar den Charakter einer Entscheidung zwischen streitenden Parteien.“ Der Begriff des Antrages ist hier nicht auf die Fälle der §§ 61 ff. St.G.B. beschränkt, in denen der Antrag die notwendige Vorbedingung der Strafverfolgung ist.

²³⁾ § 169.

²⁴⁾ § 170. Die Praxis nimmt auf Grund des § 148 G.B.G. an, daß eine Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, nicht bloß in denen des § 170 zulässig ist. Loewe S. 439 Anm. 2 zu § 170.

²⁵⁾ So v. Kries S. 100 ff.

²⁶⁾ So Glaser, Gerichtssaal Bd. 19 S. 226 ff. insbes. S. 244.

²⁷⁾ Vgl. meine Abhdlg. S. 436 und Ditschhausen Beiträge zur Reform des Strafprozesses S. 28 ff.

halten. Bei einer solchen Gestaltung des Verfahrens ist die Verantwortlichkeit des Staatsanwalts eine erhöhte; er muß unparteiisch und unter unbefangener Verwertung der im Sinne des § 158 Abs. 2 vorzunehmenden Ermittlungen seine Entschliebung²⁸⁾ treffen. Kries freilich ist infolge seiner dem Zivilprozeß entnommenen Auffassungsweise anderer Meinung. Nach seiner Lehre soll der Staatsanwalt schon in diesem Prozeßstadium eine reine Parteirolle übernehmen; die Entlastungsmomente soll er nur im Interesse der Strafverfolgung und nur in der Weise festzustellen suchen, wie ein Feldherr sich über die Stärke der feindlichen Armee informiert.

Diese Anschauung widerspricht nicht bloß dem geltenden Recht, speziell dem Sinne des § 158 Abs. 2,²⁹⁾ sondern überhaupt der Stellung der Staatsanwaltschaft als einer öffentlichen Behörde, wie sie in jeder Gesetzgebung anerkannt wird und anerkannt werden muß. Wenn Kries sagt,³⁰⁾ daß mit der Aufgabe der Strafverfolgung eine unparteiische Auffassung unvereinbar sei, daß die berufsmäßige Verpflichtung, für die Ermittlung und Überführung der Verbrecher Sorge zu tragen, es unmöglich mache, die Entlastungsmomente ebenso wie die Belastungsmomente zu berücksichtigen, — so ist dies bis zu einem gewissen Grade richtig; der Staatsanwalt wird als Vertreter der Anklagebehörde stets dazu neigen, den Anklagebeweis in den Vordergrund zu stellen, den Verteidigungsbeweis zu vernachlässigen. Dieser Neigung muß aber,

²⁸⁾ Vgl. auch Glaser a. O. S. 234: „Ohne Zweifel liegt in der bloßen Tatsache, daß ein juristisch geschulter öffentlicher Beamter über die Erhebung der Anklage zu entscheiden hat, eine gewisse Garantie gegen ganz grundlose und unhaltbare Anklagen. Ähnlich von Stemann in Goltd. Arch. Bd. 18 S. 378 f., der von einer der Staatsanwaltschaft zu überlassenden Beschlußfassung spricht.

²⁹⁾ Vgl. Loewe 5. A. S. 427 Anm. 5 zu § 158: „daß im Vorbereitungsverfahren von einer Parteilichkeit der Staatsanwaltschaft nicht die Rede sein kann, versteht sich nach der Natur dieses Verfahrens von selbst“. — Selbst wenn man von der immer noch bedenklichen Annahme ausgeht, daß der Staatsanwalt von der Klageerhebung an eine Parteilichkeit einnimmt, so könnte man für das Vorbereitungsverfahren, um in Kries' Sinne zu bleiben, nicht von einem Feldherrn reden, der sich über die Stärke der feindlichen Armee informiert, sondern von einem solchen, der sich darüber Aufklärung verschafft, ob die Armee, welche er vor sich sieht, die feindliche ist oder nicht.

³⁰⁾ S. 7.

namentlich für das vorbereitende Verfahren, wo es an einem Richter als Gegengewicht fehlt, entgegengewirkt werden, sowohl in der Gesetzgebung, was in § 158 Abf. 2 geschehen ist, — als auch in der Wissenschaft; keineswegs aber darf jenes Bestreben als ein berechtigtes hingestellt werden, wie dies Kries thut.

3. Ferner bemängelt Kries, daß als die zweite Aufgabe des Vorverfahrens die Beschaffung desjenigen Materials hingestellt wird, dessen das erkennende Gericht für die Hauptverhandlung bedarf. Er sagt,³¹⁾ ein Teil der hierher gehörigen Prozeßhandlungen, nämlich die Sicherung des Beweises und die Verhaftung des Beschuldigten, müsse ausgeschieden werden, weil diese Handlungen zwar thatsächlich oft vor der Klageerhebung stattfinden müßten, begrifflich aber mit dem Ermittlungsverfahren und der Aufgabe desselben nichts zu thun hätten. Diese Unterscheidung kann als begründet nicht erachtet werden; die betreffenden Handlungen können zwar auch im Hauptverfahren erforderlich werden; weit häufiger aber geschieht dies im Vorverfahren, und dann gehören dieselben zu den wesentlichen Aufgaben dieses Prozeßstadiums, wie speziell für die Sicherung des Beweises aus dem zweiten Satze des § 158 Abf. 2 betreffs des Ermittlungsverfahrens, aus § 191 Abf. 2 bezüglich der Voruntersuchung zu ersehen ist.

4. Schließlich erhebt Kries gegen meine Ausführungen an mehreren Stellen³²⁾ den Einwand, daß in diesen das Vorverfahren und dasjenige Verfahren, welches der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens vorangehe, miteinander verwechselt würden. Dies kann durchaus nicht anerkannt werden. Unter Vorverfahren versteht man nach jezigem Recht nicht bloß das vorbereitende Verfahren und die Voruntersuchung, sondern auch das Prozeßstadium, welches der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens vorangeht, also das ganze Verfahren, bis zum Eröffnungsbeschluß.³³⁾ Die Umgestaltung dieses ganzen Prozeßabschnitts stand zur Erörterung. Wenn Kries sagt, das Vorverfahren als solches sei nur die Grundlage für den staatsanwaltlichen Entschluß, ob er Klage erheben will oder nicht — so ist darin

³¹⁾ S. 50.

³²⁾ S. 47, 94, 98.

³³⁾ Vgl. die §§ 58, 149, 250, St.P.O. und meine Ausführung in Goldb. Arch. Bd. 36 S. 197 ff.

entweder die bei ihm wiederholt³⁴⁾ vorkommende Verwechslung zwischen Vorverfahren und vorbereitendem Verfahren, oder aber eine *petitio principii* zu finden, indem die von Kries gewünschte Gestaltung des Verfahrens — Wegfall der gerichtlichen Voruntersuchung und des Eröffnungsbeschlusses — hier vorausgesetzt wird.

IV.

Nach Kries' eigener Auffassung³⁵⁾ besteht die Aufgabe des Vorverfahrens darin „zu ermitteln ob, beziehungsweise was für ein Verbrechen begangen worden, event. wer der Thäter desselben ist“.

Diese Formel erscheint, wenn man sie losgelöst von den übrigen in Kries' Arbeit über das Verhältnis von Vor- und Hauptverfahren gegebenen Darlegungen betrachtet, in hohem Maße auffallend. Man nehme an, daß das Vorverfahren die ihm von Kries gestellte Aufgabe gelöst hat, nämlich — in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes — zu ermitteln, daß ein Verbrechen begangen, z. B. dem A eine Geldsumme aus einem Schreibtisch mittels Erbrechens eines Behältnisses gestohlen ist — und daß B der Thäter ist. Dann bliebe für das Hauptverfahren nur noch die Aufgabe übrig, den § 243 Nr. 2 St.G.B. auf die That anzuwenden und die Strafe festzusetzen; eine Beweisaufnahme wäre entbehrlich, da man dann bereits aus dem Vorverfahren weiß, daß B den ihm zur Last gelegten schweren Diebstahl begangen hat.

Dies kann selbstverständlich nicht Kries' Meinung sein; er muß deshalb das Wort „ermitteln“ in einem andern, als dem üblichen Sinn gebraucht haben. Hierüber gibt die Betrachtung dessen, was Kries an andern Stellen seiner Abhandlung über den Gegensatz von Ermittlung und Aburteilung sagt, einigen Aufschluß.

Zu Anfang der Arbeit wird in dieser Beziehung folgendes ausgeführt.

Die richterliche Thätigkeit bestehe in der logischen Operation, bei welcher durch Subsumtion des Unterjages unter den Oberjag das Urteil (im logischen Sinne) gefunden werde; die Richtigkeit der Thatfachen aber, aus welchen der Unterjag bestehe, sei nicht von vornherein gewiß, sondern müsse erst vom

³⁴⁾ z. B. S. 51 ff., S. 57: „Vorverfahren und Voruntersuchung“; ebenso S. 93.

³⁵⁾ S. 45.

Richter geprüft werden. — Die Organe der Strafverfolgung hätten zu ermitteln, ob und was für ein Verbrechen begangen worden und wer der Thäter desselben ist; da nun auch der Richter festzustellen habe, ob überhaupt und ob von dem Angeklagten das Verbrechen begangen sei, — und da auch der Strafverfolgungsbehörde in gewissem Sinne die Subsumtion der Thatfachen unter das materielle Recht obliege, so frage es sich, worin der Unterschied zwischen beiden Arten der Thätigkeit zu finden sei; dieser liege nicht in der Methode, sondern in dem Objekt der Feststellungen. Das der polizeilichen Thätigkeit sei unbestimmt; es soll ermittelt werden, was geschehen, und wer der Thäter sei; das Objekt der richterlichen Feststellungen sei bestimmt; der Richter habe nur zu prüfen, ob bestimmte Thatfachen wahr seien oder nicht. Die Aufgabe des Richters sei deshalb immer lösbar, die der Strafverfolgungsbehörde nicht immer. Mit dieser Verschiedenheit bezüglich des Objekts der Ermittlung hänge der Unterschied in dem psychologischen Verhältnis zum Resultat der eignen Thätigkeit zusammen. Das Gericht habe keine Tendenz zur Verurteilung, weil es durch diese wie durch die Freisprechung seiner Aufgabe in gleicher Weise genüge. Die Strafverfolgungsbehörde dagegen habe dann, wenn objektiv die Begehung eines Verbrechens feststeht, die Tendenz, zu ermitteln, daß irgend eine Person der Thäter sei, weil sie nur dann ihrer Aufgabe genüge.

In einer Anmerkung³⁶⁾ wird hinzugefügt, daß man nur da, wo ein Thema der Beweisführung vorhanden sei, von „Beweisen“ spreche, sonst aber von „Ermitteln“.

Weiter heißt es,³⁷⁾ jede Betrachtung bestätige, daß beim Strafverfahren die beiden Aufgaben der Ermittlung und der Aburteilung existieren, deren Erledigung in verschiedenen Stadien und durch verschiedene Behörden geboten sei. Dasselbe wird später³⁸⁾ mit dem Bemerken wiederholt, daß für die Einfügung eines dritten selbständigen Stadiums kein Raum sei, weil es an einer dritten Aufgabe gebreche.

An einer andern Stelle wird ausgeführt,³⁹⁾ daß es undenkbar

³⁶⁾ Nr. 4 S. 1 f.

³⁷⁾ S. 39.

³⁸⁾ S. 99.

³⁹⁾ S. 91.

sei, einen Teil des Ermittlungsverfahrens als Verhandlung zu konstruieren, weil im Wege der Verhandlung keine weiteren Belastungsmomente ausfindig gemacht werden könnten. Von einer Verhandlung dürfe erst dann die Rede sein, wenn die Strafverfolgungsbehörde ihre Aufgabe gelöst und das Überführungsmaterial in Händen habe.

Das nächste Bedenken gegen die vorstehende Erörterung liegt darin, daß hier die Worte „Ermitteln“ und „Ermittlung“ in einer mindestens irreführenden Weise gebraucht werden.

a) Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch versteht man unter „Ermitteln“ in Strafprozeß zunächst die Auffindung von Personen oder Sachen, welche geeignet erscheinen, später als Beweismittel für ein Moment des objektiven oder des subjektiven Thatbestandes zu dienen — ferner die Auffindung von Anhaltspunkten, die zur Entdeckung derartiger Personen oder Sachen führen können. Man sagt in diesem Sinne, daß der Staatsanwalt oder die Polizei einen Zeugen oder dessen Aufenthalt, eine Spur der That, eine Person, die über den Verbleib eines sachlichen Beweismittels Auskunft geben kann, ermittelt. In diesem Sinne kommt das Wort auch im Gesetz vor.⁴⁰⁾

b) Dann wird zweitens das Wort „Ermitteln“ und „Ermittlung“ von der vorläufigen Feststellung einzelner Umstände gebraucht, welche zum gesetzlichen Thatbestand einer strafbaren Handlung gehören, oder die Schuld beseitigen, oder die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen, sowie von der vorläufigen Feststellung der Thatfachen, aus welchen derartige Umstände gefolgert werden können. Auch in diesem Sinne findet sich das Wort „Ermitteln“ in der Strafprozeßordnung.⁴¹⁾ Bemerkenswert ist hierbei die Ausdrucksweise des Gesetzes. Es spricht nur allgemein vom „Ermitteln von Umständen“; nirgendwo kommt die Fassung vor: „Ermitteln“, daß ein Thatumstand vorhanden ist. Das Gesetz deutet also nicht an, bis zu welchem Grade der Gewißheit die betreffenden Thatfachen durch die „Ermittlungen“ festgestellt sein müssen. Vorzugsweise wird das Wort „Ermittlungen“ im Gesetz so gebraucht, daß es sowohl die zu a als die zu b geschilderte Thätigkeit umfaßt.⁴²⁾

⁴⁰⁾ § 250 Abs. 1.

⁴¹⁾ § 158 Abs. 2.

⁴²⁾ §§ 159, 168, 169.

c) Dagegen wird unter „Ermitteln“ und „Ermittlung“ im gewöhnlichen Sprachgebrauch seltener, und im Gesetz gar nicht⁴³⁾ dasjenige verstanden, was Kries an den meisten Stellen, namentlich in seiner Begriffsbestimmung des Vorverfahrens darunter versteht, nämlich die Gesamtfeststellung des objektiven und subjektiven Thatbestandes, also die Lösung der Frage, „ob und was für ein Verbrechen begangen und wer der Thäter desselben ist“. Diese Thätigkeit ist keine Ermittlung, sondern eine Kombination von Ermittlung und derjenigen Thätigkeit, durch welche die ermittelten Momente zusammengefaßt und unter den gesetzlichen Thatbestand gebracht werden, mit andern Worten eine Kombination von Ermittlung und „Aburteilung“ oder richtiger „Beurteilung“. Kries hat dem Wort „Ermitteln“ den erwähnten Sinn wesentlich zu dem Zweck beigelegt, um das „Ermitteln“ zu dem „Aburteilen“, die Thätigkeit der Strafverfolgungsbehörde zu der des Richters in einen bestimmt formulierten Gegensatz zu bringen. Dieser Gegensatz besteht aber selbst dann nicht, wenn man Kries eigener Darstellung folgt. Daß die Strafverfolgungsbehörde auch abzuurteilen oder vielmehr zu beurteilen hat, gibt Kries selbst zu; ebenso erkennt er an, daß der Richter nicht bloß abzuurteilen, sondern auch die Grundlage für diese Aburteilung herzustellen hat. Letztere Thätigkeit nennt Kries allerdings nicht „Ermitteln“, er will hier lediglich von „Beweisen“ reden; denn bei der richterlichen Thätigkeit frage es sich, ob bestimmte Thatfachen wahr oder nicht wahr seien, während die Polizei allgemein untersuchen müsse, was sich zugetragen und wer das Verbrechen begangen habe. Dieser Gegensatz im Objekt der Feststellungen besteht jedoch nur in sehr beschränktem Maße und ist als ein grundsätzlicher keinesfalls aufrecht zu erhalten. Im Vorverfahren wegen Meineids hat die Strafverfolgungsbehörde nur vorläufig festzustellen, ob die beschworne Thatfache unrichtig ist und der Schwörende ihre Unrichtigkeit gekannt hat; in zahllosen Fällen des Betruges und der Unterschlagung, der Erpressung und Untreue, der Beleidigung, der Körperverletzung und des Widerstands gegen die Staatsgewalt steht es von vornherein auf Grund der ersten Anzeige fest, welche Personen als Thäter und welche Thatfachen als Thatbestandsmerkmale

⁴³⁾ Deshalb spricht das Gesetz nicht von „Ermittlung“, sondern von „Ermittlungen“.

in Betracht kommen können, und es handelt sich nur darum, diese Thatfachen auf ihre Richtigkeit und ihren rechtlichen Gehalt zu prüfen; es ist daher im Kries'schen Sinne gar nichts zu „ermitteln“, sondern nur zu „beweisen“ und „abzuurteilen“. Andererseits ist der Richter bei seiner Untersuchungsthätigkeit durchaus nicht auf die Prüfung bestimmter — im Vorverfahren ermittelter und in der Anklage aufgeführter — Thatfachen beschränkt; vielmehr hat er ganz allgemein zu untersuchen, ob innerhalb der ihm durch den Eröffnungsbeschluß⁴⁴⁾ unterbreiteten geschichtlichen Vorgänge⁴⁵⁾ Thatfachen erwiesen werden, in denen die Thatbestandsmerkmale einer strafbaren Handlung des Angeklagten zu finden sind. Das Vorverfahren soll allerdings jene Thatfachen nach Möglichkeit ausfindig machen; es kann aber dieser Aufgabe nicht immer genügen und deshalb muß das Veräußerte im Hauptverfahren nachgeholt werden.

Der Richter hat daher auch im Hauptverfahren vielfach zu „ermitteln“ und zwar sowohl in dem zu a als in dem zu b angegebenen Sinne. Erfährt er bei Vernehmung eines Zeugen, daß nicht dieser, sondern ein anderer über den Thatbestand Auskunft zu geben vermag, so muß er den Betreffenden, falls er zufällig an Gerichtsstelle anwesend ist, vernehmen, sonst holen lassen oder vorladen. Stellt sich in der Verhandlung heraus, daß bei dem zur Erörterung stehenden Hergang nicht die in der Anklage aufgeführten, wohl aber anscheinend andre Thatfachen vorgefallen sind, aus denen sich der Thatbestand der dem Angeklagten zur Last gelegten oder einer andern strafbaren Handlung ergeben würde, so muß der Richter diese Belastungsmomente „ermitteln“ und untersuchen. Derartige Vorkommnisse erlebt man fast in jeder Schwurgerichtsperiode und in jeder Strafkammeritzung; noch häufiger bei den Schöffengerichten, da in den dort verhandelten Sachen die Vorermittlungen häufig mangelhaft sind.⁴⁶⁾ Nur wenn die Veränderung der Sachlage eine sehr erhebliche ist und die Ermittlung

⁴⁴⁾ De lege lata. Will man mit Kries den Eröffnungsbeschluß wegfallen lassen, so muß anstatt desselben die Anklage gesetzt werden.

⁴⁵⁾ So die feststehende Rechtspr. d. Reichsgerichts; vgl. z. B. Ur. v. 12. März 1883 (Entsch. Bd. 8 S. 135 ff., besonders S. 139); Glaser im Gerichtsfl. Bd. 36 S. 81 ff., namentl. S. 103.

⁴⁶⁾ In Privatklagesachen, in denen ein Vorverfahren meist gar nicht stattfindet, bilden diese Ermittlungen während des Hauptverfahrens die Regel.

der neuen Belastungsmomente voraussichtlich mit Schwierigkeiten und Umständen verknüpft sein wird, pflegt das Gericht die Sache zu vertagen und die Akten „behufs besserer Vorbereitung der Anklage“ der Staatsanwaltschaft zugehen zu lassen.⁴⁷⁾ Es können hiernach in der Hauptverhandlung Ermittlungen stattfinden, und es kann demgemäß auch — was Kries ganz zu Unrecht bestreitet⁴⁸⁾ — ein Teil des sogenannten Ermittlungsverfahrens als Verhandlung konstruiert werden. Der prinzipielle Unterschied zwischen den Feststellungen der Strafverfolgungsbehörde und denen des Gerichts liegt daher nicht im Objekt, sondern im Grade der Gewißheit, bis zu welchem die Feststellungen erfolgt sein müssen, um den betreffenden Prozeßabschnitt als abgeschlossen zu erachten. Im Vorverfahren braucht nur ein Grad des Verdachts festgestellt zu werden, welcher es rechtfertigt, den Angeklagten wegen der betreffenden Straftat vor den erkennenden Richter zu bringen; im Hauptverfahren muß seine Schuld erwiesen werden. Es ist daher die von Heinze gegebene Begriffsbestimmung der Aufgaben des Vorverfahrens, und nicht die von Kries aufgestellte, als die richtige zu erachten.

V.

Der Vorschlag, dem Beschuldigten während des Vorverfahrens Einfluß auf die Sammlung und Auswahl der Beweise zuzugestehen, wird von Kries⁴⁹⁾ als unbegründet und tatsächlich unmöglich zurückgewiesen; jedenfalls sei er unannehmbar, wenn man nicht, wie im jetzigen Verfahren, die Eröffnung des Hauptverfahrens von einem Gerichtsbeschuß abhängig machen wolle, denn man könne vom Staatsanwalt die Berücksichtigung des Entlastungsbeweises nur in dem Umfange verlangen, wie dies seiner Auffassung nach im Interesse der Strafverfolgung liege; mehr fordere auch der § 158 Abs. 2 von ihm nicht. — Diese Annahme beruht auf der bereits oben⁵⁰⁾ als unrichtig bezeichneten Auffassung, daß der Staatsanwaltschaft bereits im Vorverfahren eine Parteistellung zukomme. Der Staatsanwaltschaft liegt vielmehr, wenn der gerichtliche Eröffnungsbeschluß wegfällt, in er-

⁴⁷⁾ Vgl. § 264 Abs. 4 St.P.O.

⁴⁸⁾ S. 91.

⁴⁹⁾ S. 48.

⁵⁰⁾ Nr. III, 2.

höchtem Maße die Verpflichtung ob, im Vorverfahren unparteiisch vorzugehen.

Kries behauptet, daß die erwähnte Forderung von mir „lediglich unter Berufung auf das Anklageprinzip“ aufgestellt sei. Dies ist unzutreffend. Jenes Verlangen ist allerdings von mir als ein aus dem Anklageprinzip folgendes bezeichnet worden; seine sachliche Begründung ergibt sich aber aus dem Zusammenhang meiner Abhandlung. Der Beschuldigte muß in die Möglichkeit versetzt werden, seine Interessen wahrzunehmen, die zunächst vorzugsweise auf Abwendung des Hauptverfahrens, dann aber, besonders für den Fall, daß dies mißlingt, auf eine angemessene Verteidigung in der Hauptverhandlung gerichtet sind. Hierzu ist mindestens erforderlich, daß dem Beschuldigten schon im Vorverfahren die Möglichkeit gewährt wird, diejenigen Untersuchungshandlungen herbeizuführen, betreffs deren Gefahr im Verzuge vorliegt. Dies ist schon nach jetzigem Verfahren zulässig,⁵¹⁾ dem Beschuldigten müßte aber das Recht gewährt werden, im Vorverfahren die Erhebung von Entlastungsbeweisen auch dann zu verlangen, wenn deren Verlust nicht zu besorgen steht, einerseits um dadurch die Hauptverhandlung abzuwenden, anderseits um für den Fall, daß dieser Erfolg nicht erreicht wird, festzustellen, ob durch die betreffenden Zeugen, Sachverständigen, Urkunden oder Augenscheinsgegenstände der Nachweis des in Betracht kommenden Verteidigungsmomentes erbracht werden kann, und ob es hiernach sachdienlich erscheint, diese Beweismittel zur Hauptverhandlung herbeizuschaffen, oder sich für die betreffenden Behauptungen nach andern Beweismitteln umzusehen. Sehr häufig ereignet sich in der Praxis Folgendes: Der Angeklagte hat zum Hauptverhandlungstermin eine Anzahl Entlastungszeugen unmittelbar geladen⁵²⁾. Bei ihrer Vernehmung ergibt

⁵¹⁾ § 164 Str.P.D., vgl. § 163; diese Vorschriften werden auch von Kries gebilligt (S. 63), er bestreitet jedoch, daß die betreffenden Maßnahmen begrifflich in das Vorverfahren gehören.

⁵²⁾ Der Angeklagte kann allerdings auch die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen zur Hauptverhandlung vorher beantragen (§ 218 Abs. 1), dies Recht ist aber praktisch nicht von erheblicher Bedeutung. Der Angeklagte versteht mitunter den Eröffnungsbeschluß nicht und beantragt deshalb öfters die Ladung von Zeugen über Thatfachen, auf die es nicht ankommt; aber noch häufiger weiß er einen an und für sich erheblichen Beweisgegenstand nicht ausreichend klarzustellen, so daß der Vorsitzende, um der Staatskasse Kosten zu ersparen, unter Hinweis auf die Befugnis des Angeklagten zur unmittelbaren

sich, daß keiner über den Beweisgegenstand etwas zu bekunden vermag; die einen erklären, daß sie den betreffenden Vorgang nicht wahrgenommen hätten, die andern, daß sie sich der Sache nicht mehr erinnern könnten. Der Vorsitzende macht nun dem Angeklagten Vorwürfe, daß er das Gericht mit derartigen überflüssigen Beweisen belästige. Der Angeklagte erwidert, daß er die Zeugen nach bestem Wissen ausgewählt, weil er nach Lage der Sache habe annehmen müssen, daß dieselben im stande sein würden, den Hergang zu bekunden. Mitunter bittet er dann noch um Vertagung, da er zu einem neuen Termin noch andre Schutzzeugen laden wolle. Die Vertagung wird dann meistens abgelehnt, in einzelnen Fällen aber doch beschloffen; und dann ergibt sich zuweilen, daß gerade die zum neuen Termin geladenen Zeugen die Behauptungen des Angeklagten bestätigen. Alle diese Unzuträglichkeiten würden vermieden werden, wenn im Vorverfahren auch der Entlastungsbeweis in geeigneter Weise erhoben und dadurch festgestellt würde, welche von den zu Gunsten des Angeklagten sprechenden Beweismittel in der Hauptverhandlung gebraucht werden.

Die ablehnende Haltung, welche Kries gegenüber der Berücksichtigung des Entlastungsbeweises im Vorverfahren einnimmt, beruht zunächst auf der überall von ihm ungerechtfertigterweise herangezogenen Analogie des Civilprozeßes, dann aber darauf, daß er die Bedeutung des Entlastungsbeweises im Strafprozeß überhaupt in merkwürdiger Weise unterschätzt. Die in zwei Anmerkungen enthaltenen Stellen, aus denen dies zu erkennen ist, sind von besonderer Wichtigkeit; sie bilden den hauptsächlichsten Schlüssel zu der unrichtigen Auffassung, die sich bei Kries betreffs der Stellung des Beschuldigten gebildet hat.

Labung den Antrag ablehnt. Vielfach erfolgt diese Ablehnung auch deshalb, weil die beantragte Beweisaufnahme als zur Aufklärung der Sache nicht erforderlich erachtet wird. Von noch geringerem Wert wie das Recht des § 218 Abs. 1 ist für den Angeschuldigten das des § 199. Kries sagt S. 91, der Strafkammer werde das Belastungsmaterial vorgelegt, der Angeschuldigte könne hierauf seine Gegenanträge stellen; dies Verfahren sei „so accusatorisch als möglich“. Das ist aber reiner Schein. Dem Angeschuldigten ist, namentlich wenn er unschuldig oder nicht im Sinne der Anklage schuldig ist, der Sinn der Anschulldigung vielfach nicht klar; wenn er aber auch die Anklage versteht, so besitzt er doch nicht die geistige Fähigkeit, die vorhandenen Entlastungsmomente herauszufinden und sachgemäß zu Anträgen zu formulieren. Alles dies kann in ausreichender Weise nur in einer mündlichen Verhandlung geschehen. Rgl. Schwarze im Gerichtssaal Bd. 35 S. 418 und unten Nr. VIII.

In der ersten Anmerkung (43 S. 44) wird gesagt, die Erfahrung lehre, daß der Beweis des Angeklagten in den meisten Fällen scheitere. „Die Erklärung dafür,“ heißt es weiter, „liegt darin, daß derselbe meistens für eine Negation angetreten wird, da selbständige Thatfachen bei dem Entlastungsbeweis nur sehr selten in Frage stehen, worüber Anmerkung 87 zu vergleichen ist. Die Erfahrung zeigt, daß toto die vom Angeklagten Zeugen dafür benannt werden, daß er etwas nicht gesagt, gethan usw. habe. Ein solcher Beweis ist ja denkbar, denn ab non posse ad non esse valet consequentia. Aber der Unterschied zwischen wissen, daß etwas nicht geschehen ist, und nicht wissen, daß etwas geschehen ist, ist ein zu feiner, als daß er dem gewöhnlichen Angeklagten einleuchten könnte. Und so ergibt sich denn ganz regelmäßig, daß, wenn die Erhebung der Beweise bewirkt wird, Zeit und Mühe verschwendet ist.“

In der andern Anmerkung (87 S. 39) wird gesagt, daß diejenigen, welche die fundamentale Ungleichheit zwischen Anklage und Verteidigung im Vorverfahren hervorheben, von irrigen Vorstellungen über den Defensionalbeweis ausgehen. „Sie übersehen“, heißt es weiter, „daß von einer selbständigen Beweisführung im Interesse der Verteidigung, vom Alibi abgesehen, welches seiner Einfachheit wegen keiner Vorbereitung bedarf, fast niemals die Rede ist. Der Grund hierfür liegt darin, daß das materielle Strafrecht keine Einreden kennt. Beim Zeugnien aber, sei es der Thäterschaft, sei es der Rechtswidrigkeit oder Strafbarkeit, beschränkt sich die Verteidigung naturgemäß auf die Kritik der vom Kläger produzierten Beweismittel und deren Ergebnisse. —

Nun ist es richtig, daß viele Entlastungsanträge dahin lauten, der Zeuge solle bekunden, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte That nicht begangen habe; — oder wie der Antrag in der Formulierung der Anwälte zu lauten pflegt, daß der Zeuge die Handlung des Angeklagten nicht wahrgenommen habe und daß er sich in einer Situation befunden habe, in welcher er diese Handlung hätte wahrnehmen müssen, wenn sie ausgeführt worden wäre. Auch ein solcher Beweistritt ist, wie das Reichsgericht⁵³⁾ mit vollem Recht hervorgehoben hat, nicht von der Hand zu weisen, namentlich

⁵³⁾ Urt. vom 9. Januar 1880. (Entsch. Bd. 1 S. 51) und vom 9. November 1886 (Rechtsp. Bd. 8 S. 693).

dann nicht, wenn gleichzeitig unter Beweis gestellt wird, daß eine andre Person die That begangen habe und daß demgemäß eine Personenverwechslung vorliege. Es ist möglich, daß die Belastungszeugen vorsätzlich oder fahrlässig falsch ausgesagt oder sich, z. B. bei Schlägereien, entschuldbar geirrt haben und daß diese Unrichtigkeit der Anklagebehauptungen durch einen in der erwähnten Weise angetretenen Verteidigungsbeweis erwiesen wird. Es ist jedoch Kries zuzugeben, daß dieser Beweis vielleicht in $\frac{99}{100}$ aller Fälle scheitert, weil in den allermeisten Fällen angenommen werden muß, daß die Bekundungen der Belastungszeugen richtig sind und daß den Entlastungszeugen der betreffende Vorfall lediglich entgangen ist.⁵⁴⁾

Aber diese Anträge negativen Inhalts bilden in der Praxis höchstens ein Drittel sämtlicher Entlastungsanträge; der Rest der letztern enthält selbständige Verteidigungsbeweise.

Es gibt allerdings im Strafprozeß keine Einreden im zivilprozeßrechtlichen Sinne, welche nur dann berücksichtigt werden dürfen, wenn sie vorgebracht werden. Vielmehr müssen alle hier in Betracht kommenden Momente von Amts wegen geprüft werden; nur ist der Richter lediglich dann, wenn der betreffende Umstand vom Angeklagten geltend gemacht wurde, verpflichtet, sich über das Ergebnis der Prüfung auszusprechen⁵⁵⁾. Aber der erwähnte Unterschied ist für die Entscheidung der Frage, ob es einen selbständigen Entlastungsbeweis gibt, durchaus bedeutungslos. Diese Frage ist aber zu bejahen: es gibt — ganz abgesehen vom Alibi, welches in der Praxis nur eine untergeordnete Rolle spielt, — sehr zahlreiche Momente, welche von den Angeklagten zu ihrer Verteidigung vorgebracht werden können und vorgebracht werden. Einige Gruppen

⁵⁴⁾ Übrigens kann der die That leugnende Angeklagte auch auf andre Weise seine Rechtfertigung versuchen. Er kann — und dies kommt in der Praxis vielfach vor — Beweis dafür antreten, daß die Belastungszeugen vermöge der Situation, in welcher sie sich befanden, gar nicht in der Lage gewesen seien, den Hergang wahrzunehmen, oder daß auf Grund anderweitiger Umstände jenen Zeugen die Fähigkeit oder der gute Wille nicht zuzutrauen sei, über den betreffenden Vorfall richtige Wahrnehmungen zu machen und diese sachgemäß wiederzugeben. Schon ein derartiger Gegenbeweis geht über den Rahmen der von Kries als Hauptaufgabe der Verteidigung bezeichneten, lediglich negativen Kritik hinaus.

⁵⁵⁾ Für eine Gruppe der hierher gehörigen Umstände ist dies im Gesetze besonders angeordnet (§ 266 Abs. 2), vgl. Reeves in Goldb. Arch. Bd. 36 S. 137.

derselben sollen hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit und systematische Anordnung kurz aufgeführt werden.⁵⁶⁾

I. Unter den Hinderungsgründen der Strafverfolgung — welche zweifellos geeignet sind, zum Gegenstande eines selbständigen Schutzbeweises gemacht zu werden — kommen die meisten, z. B. die in § 11 des Einführungsgegesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze, §§ 18, 19, 21 des Gerichtsverfassungsgesetzes, §§ 4, 11, 12 Str.G.B. und Art. 30 der Reichsverfassung bezeichneten Momente praktisch weniger in Betracht. Wohl aber werden sehr oft zur Verteidigung die das Antragserfordernis betreffenden Vorschriften herangezogen, indem Beweis dafür angetreten wird, daß der Straf-antrag gar nicht, nicht rechtzeitig, nicht von der berechtigten Person oder nicht formgerecht gestellt oder bereits wieder zurückgenommen ist.

II. Von den Strafausschließungsgründen spielen die meisten, z. B. die Verjährung und die in den §§ 46, 163 Abs. 2, 204, 209, 247 Abs. 2, 257 Abs. 2, 310 Str.G.B. aufgeführten in den Strafprozessen keine bedeutende Rolle; sehr häufig dagegen wird ein andres hierher gehöriges Moment, die Wahrheit einer vom Angeklagten in Beziehung auf einen andern behaupteten ehrenrührigen Thatsache (§ 186 Str.G.B.), zum Gegenstand eines Entlastungsbeweises gemacht. Dieser Fall hat eine große Ähnlichkeit mit den Einreden des Zivilprozesses; man spricht deshalb auch häufig, wenngleich ungenau, von einer Einrede der Wahrheit (*exceptio veritatis*)⁵⁷⁾.

III. Von nicht erheblicher Bedeutung für die Praxis sind die im Gesetz besonders vorhergesehenen Strafmilderungsgründe (vgl. z. B. §§ 157, 213, 313 Abs. 2).

Zimmerhin machen auch diejenigen Momente, welche im Vorstehenden als seltener vorkommend bezeichnet sind, zusammen einen so großen Teil der verteidigungsweise geltend gemachten Umstände aus, daß diese bei einer Gesamtbetrachtung des Schutzbeweises nicht vernachlässigt werden dürfen.

IV. Ein den Strafausschließungs- und Strafmilderungsgründen sehr nahe stehendes, gegen Anklagen wegen Beleidigung oder Körperverletzung ungemein häufig vorgebrachtes Entlastungsmoment ist das der Retorsion bei Beleidigungen und Körperverletzungen.

⁵⁶⁾ Vgl. Glaser, Handb., Bd. 2, S. 46 ff.

⁵⁷⁾ Vgl. Köstlin in Goldb. Arch. Bd. 3 S. 306 ff., Schwarze im Gerichts-saal Bd. 32 S. 561 ff., Freudenstein, Ehrenkränkungen, S. 61.

Auch dieser Fall ist den Einreden des Civilprozeßes ähnlich und wird vielfach, wenn auch nicht ganz korrekt, als Einrede der Retorsion bezeichnet⁵⁹⁾.

V. Weit öfter als die Strafausschließungs- und Strafmilderungsgründe bilden die Schuld ausschließungsgründe den Inhalt der Anträge des Beschuldigten. Am wenigsten kommen von diesen in Betracht der Notstand (§§ 52, 54) und der Mangel der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht bei Personen von 12 bis 18 Jahren, mehr schon die Notwehr und die Fälle des § 51, namentlich die berückigte „sinnlose Trunkenheit“ — am allermeisten die zahllosen Fälle, in denen auf Grund bestimmter tatsächlicher Behauptungen die Rechtswidrigkeit der That vom Angeklagten bestritten oder behauptet wird, daß ihm auf Grund eines tatsächlichen oder civilrechtlichen Irrtums das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Hierher gehört z. B. bei Körperverletzungen der Einwand, daß der Angeklagte in der Ausübung des Hausrechts oder einer Züchtigungsbefugnis gehandelt habe, — bei Beleidigungen, daß einer der Fälle des § 193 Str.G.B. vorliege. Auf eine Anklage wegen Diebstahls, den ein Mann gegen eine Frauensperson begangen haben soll, entgegnet der Angeeschuldigte, er habe mit der angeblich Verletzten wie Mann und Frau zusammengelebt und sich auf Grund dieses Verhältnisses für berechtigt erachtet, über die betreffenden Sachen gleich einem Eigentümer zu verfügen. Der Geschäftsreisende, der Unterschlagung einer seinem Geschäftsherrn gehörigen Geldsumme beschuldigt, sucht sich durch Aufstellung von Gegenforderungen für Auslagen, Gehalt, Provision zu rechtfertigen. Jemand der des Hausfriedensbruchs angeschuldigt ist, macht geltend, daß er beim Verweilen in der betreffenden Wohnung eine ihm vertragsmäßig zustehende Befugnis, z. B. als Wirt oder Hausverwalter das ihm eingeräumte Recht, Reparaturarbeiten zu überwachen oder die Wohnung Mietslustigen zu zeigen, ausgeübt habe oder daß er zu diesem Verweilen anderweit, z. B. auf Grund der gerichtlichen Aufforderung, sich einen in der Wohnung befindlichen Gegenstand anzusehen, berechtigt gewesen sei. Auch bei vielen andern Delikten des Str.G.B. kommen derartige Entlastungsanträge vor.

VI. Aber nicht nur zur Widerlegung der Rechtswidrigkeit,

⁵⁹⁾ Vgl. meine Abhandlg. im Gerichtsj. Bd. 41 S. 192 ff., besonders S. 229.

sondern auch zum Beweise dafür, daß andre gesetzliche Merkmale der betreffenden strafbaren Handlung nicht vorliegen, werden positive thatsächliche Behauptungen in der Praxis sehr häufig aufgestellt; es ist irrig, anzunehmen, daß hier nur von Negationen die Rede sein könne. Eine Anklage wegen Unterschlagung soll durch den Nachweis entkräftet werden, daß der Angeklagte die betreffende Sache von dem angeblich Verletzten nicht, wie die Anklage annimmt, in Kommission erhalten, sondern fest gekauft habe, und daß diese Sache deshalb für den Angeklagten keine fremde sei. — Gegen eine Anklage wegen Wuchers wird vorgebracht, daß das Thatbestandsmoment des auffälligen Mißverhältnisses zwischen Vermögensvorteil und Leistung fehle, weil verschiedene, näher bezeichnete und unter Beweis gestellte Momente die Ausbedingung einer Risikoprämie erforderlich machten. Ebenso wird sehr häufig unter Anführung bestimmter Thatfachen behauptet, daß ein minder strafbarer Thatbestand vorliege, als der in der Anklage bezeichnete, z. B. Versuch anstatt Vollenbung, Beihilfe anstatt Thäterschaft, Fahrlässigkeit anstatt Vorsatz, Unterschlagung anstatt Diebstahl.

Überblickt man diese beträchtliche Reihe von Beweisgruppen und erwägt man, wie häufig derartige Beweisantretungen in der Praxis vorkommen, so wird man den Vorschlag, dem Beschuldigten im Vorverfahren einen Einfluß auf die Sammlung und Auswahl der Beweise zu gewähren, wohl der Berücksichtigung für wert erachten. Wenn das geschähe und wenn dann eine vorläufige Erhebung der unter Mitwirkung des Beschuldigten gesammelten und ausgewählten Beweise durch einen möglichst unparteiischen Beamten stattfände, so würde dies eine erhebliche Verbesserung des Verfahrens herbeiführen. Vielfach würde dadurch das Hauptverfahren ganz erspart werden. In denjenigen Fällen aber, in denen es zur mündlichen Verhandlung kommt, würden einerseits die erkennenden Gerichte mit unnützen Entlastungsbeweisen verschont, anderseits unter umfassenderer Berücksichtigung des Entlastungsbeweises dennoch die für alle Teile unerwünschten Vertagungen auf ein sehr geringes Maß beschränkt werden⁵⁹⁾. Ein Richter würde hier einen großen Teil derjenigen Arbeit verrichten können, bei welchem nach jetzigem Verfahren fünf mitwirken.

⁵⁹⁾ Vgl. unten Nr. VIII am Ende.

VI.

Ebenso wie das Verlangen, dem Beschuldigten Einfluß auf die Sammlung und Auswahl der Beweise zu gewähren, wird auch die weitere Forderung, dem Beschuldigten von dem Belastungsmaterial vor der Hauptverhandlung Kenntnis zu geben, von Kries als „auf einer verkehrten Vorstellung von der Informationspflicht beruhend“ zurückgewiesen. Die erwähnte Pflicht bestehe noch nicht, so lange es zweifelhaft sei, ob es überhaupt zur Hauptverhandlung kommen werde.

Die hier von Kries aufgestellte Ansicht entspringt lediglich aus der sachwidrigen Heranziehung der Analogie des Zivilprozesses. Natürlich kann der Beschuldigte die ihm im Vorverfahren gegebene Information nur in dem Falle verwerten, wo es wirklich zur Klageerhebung kommt; aber weil eben dieser Fall eintreten kann, und weil es für den Beschuldigten, wenn dieser Fall eintritt, nötig ist, daß er die Kenntnis des Belastungsmaterials bereits vorher erlangt hat, so muß ihm diese Kenntnis während des Vorverfahrens in allen Fällen vermittelt werden.

Kries sagt, die Behauptung, daß der Beschuldigte behufs Vorbereitung seiner Verteidigung das persönliche und sachliche Beweismaterial vor der Hauptverhandlung hören und sehen müsse, sei „noch niemals bewiesen“. Dies trifft nicht zu. Es handelt sich hier nicht um eine Behauptung, sondern um eine Forderung. Eine solche kann nicht „bewiesen“ werden; es muß genügen, wenn die praktischen Unzuträglichkeiten klargestellt werden, welche mit der Nichterfüllung dieser Forderung verknüpft sind. Das ist in meiner Abhandlung geschehen. Es soll nur mit Bezug auf das wichtigste Beweismittel, die Zeugen, hier nochmals hervorgehoben werden, daß der Angeschuldigte nur dann, wenn er den Zeugen selbst hört, genau wissen kann, worauf er seine Kritik, beziehungsweise seinen Entlastungsbeweis zu richten hat. In der Anklage heißt es z. B.: der Angeklagte habe dem A einen Schlag zugefügt, Beweis: Zeugnis des B. Daraus erhellt nicht, in welcher Weise B den Schlag wahrgenommen haben soll. Dagegen kann der Angeschuldigte, wenn er bei Anhörung der Aussage des B erfährt, daß derselbe den Schlag von einem bestimmten Orte aus gesehen haben will, vielleicht nachweisen, daß von diesem Punkte aus, der Vorgang nicht wahrnehmbar ist. Daß dem Angeschuldigten aber die Kenntnis von den Zeugenaussagen durch Anhörung derselben und nicht durch Zu-

stellung einer Protokollabschrift vermittelt werde, ist deshalb wünschenswert, weil das Protokoll vielfach ein ungenaues Bild der betreffenden Verhandlung ergibt.⁶⁰⁾

Aber nicht bloß die unmittelbare Kenntnisaufnahme von den Beweisverhandlungen des Vorverfahrens, sondern auch die Mitwirkung bei denselben ist für den Angeschuldigten erwünscht, damit er durch Befragen an der Herbeiführung eines sachgemäßen Ergebnisses dieser Verhandlungen mitwirken und dadurch unter Umständen die Klageerhebung verhindern kann. Viele unbegründete Anklagen würden unterblieben, viele überflüssige Hauptverhandlungen erspart worden sein, wenn die Bestimmung des ersten Entwurfs zur St.P.O., welche dem Beschuldigten und seinem Verteidiger die Anwesenheit und Fragestellung bei den Beweisverhandlungen des Vorverfahrens gestattete Gesetz, geworden wäre.

Kries meint, es sei kein Anlaß, dem Beschuldigten im Vorverfahren die Auskunftspersonen (Zeugen) offiziell vorzustellen; wolle er sich dieselben „besehen“, so möge er dies außergerichtlich thun. — Der Beschuldigte würde jedoch nicht zweckmäßig handeln, wenn er diesen ihm von Kries gegebenen Rat befolgte. Zunächst nützt dem Beschuldigten das „Besehen“ der Zeugen wenig, wenn er nicht mit ihnen spricht und von ihnen erfährt, was sie gegen ihn auszusagen haben. In den weitaus meisten Fällen würden sich nun die Belastungszeugen, welche in der Regel mit dem Beschuldigten nicht auf dem besten Fuße stehen, von diesem weder „besehen“ noch sprechen lassen. Gelingt dem Beschuldigten aber ausnahmsweise sein Vorhaben, so läuft er zunächst dringende Gefahr, in Untersuchungshaft genommen zu werden; denn die Besprechung mit dem Belastungszeugen müßte, wenn sie zur Kenntnis der Behörden gelangte, — und dafür würden die Zeugen meist schon im Vorverfahren sorgen, — als eine Thatfache angesehen werden, aus welcher zu schließen ist, daß er Zeugen zu einer falschen Aussage verleiten werde. Außerdem käme der Beschuldigte durch die erwähnte Behandlungsweise leicht in den Verdacht, ein Verbrechen gegen § 159 St.G.B. begangen haben; endlich würden auch, wenn derartige Vorangegangen wäre, die Angaben des Beschuldigten im Verhandlungstermin seitens des Gerichts mit noch größerem Mißtrauen aufgenommen werden, als dies schon sonst geschieht.

⁶⁰⁾ Vgl. meine Abhandl. S. 423 f.

Die von Kries ange deutete Möglichkeit, von dem Belastungsmaterial außergerichtlich Kenntnis zu nehmen, ist also dem Ange schuldigten so gut wie verschlossen.

VII.

Gegen die von mir vorgeschlagene Gestaltung des Verfahrens⁶¹⁾ erhebt Kries hauptsächlich folgende Einwendungen.

1. Die als wünschenswert hingestellte Prozedur sei kein Vorverfahren, sondern eine Beschlußfassung (soll heißen: Vorbereitung der Beschlußfassung) über die Eröffnung des Hauptverfahrens. — Dieser Einwand ist bereits oben unter Nr. III, 4 erledigt. In dem vorgeschlagenen Verfahren soll ein Teil derjenigen Ermittlungen stattfinden, welche jetzt im vorbereitenden Verfehren und in der Voruntersuchung vorgenommen werden; ferner soll es die Aufgaben erfüllen, welche gegenwärtig dem auch zum Vorverfahren gehörigen sogenannten Zwischenverfahren zufallen. Es kann daher hier mit vollem Recht von einem umgestalteten Vorverfahren gesprochen werden.

2. Das geforderte Verfahren lasse dann im Stich, wenn dasselbe, z. B. aus Anlaß der Verhaftung des Ange schuldigten, in einem Zeitpunkt beginnen müßte, wo man über den eigentlichen Hergang der Sache noch so gut wie gar nicht orientiert sei. Wenn in diesem Falle später eine Ausdehnung der Untersuchung auf eine andre Person stattfinde, so bekomme diese von dem Belastungsmaterial keine Kenntnis. Dasselbe treffe zu, wenn ein Wechsel in der Person des Beschuldigten eintrete; in diesem Falle habe außerdem der ausscheidende Beschuldigte den Beweiserhebungen beigewohnt, trotzdem ihn dieselben nichts angingen.

Hierauf ist zunächst zu bemerken, daß die Voraussetzung, in dem reformierten Verfahren solle der neu eintretende Beschuldigte von dem bisher gewonnenen Belastungsmaterial keine Kenntnis erhalten, eine irrige ist. Die Unzuträglichkeiten aber, welche außerdem in den erwähnten Fällen eintreten, können auch im jetzigen Hauptverfahren vorkommen. Zuweilen stellt sich im Verhandlungstermin gegen A heraus, daß derselbe die ihm zur Last gelegte Körperverletzung nicht, wie der Eröffnungsbeschluß annahm, allein, sondern gemeinschaftlich mit andern, mutmaßlich mit B und C be-

⁶¹⁾ Meine Abhandl. S. 437 ff., Kries S. 95 ff.

gangen hat. Dann wird entweder das Verfahren gegen A ausgesetzt, bis Anklage und Eröffnungsbeschluß gegen B und C ergangen sind, und dann gegen alle drei zusammen verhandelt; oder A wird abgeurteilt und dann gegen B und C vorgegangen. In beiden Fällen müssen die Beweiserhebungen in vollem Umfange wiederholt werden. Eine mindestens teilweise Wiederholung der Beweisaufnahme wird auch dann nötig, wenn sich herausstellt, daß nicht A, sondern B die That verübt hat, und deshalb nach Freisprechung des A gegen B vorgegangen werden muß. Etwas Weiteres ist aber auch im Vorverfahren nicht erforderlich, wenn die von Kries vorausgesetzten Umstände eintreten. Diese Wiederholung enthält allerdings eine Belästigung der Zeugen, die aber nicht ins Gewicht fällt, wenn man erwägt, daß im heutigen Prozeß solche Wiederholungen während des Vorverfahrens viel öfter erforderlich werden.⁶²⁾

3. Kries sagt ferner,⁶³⁾ die gegen Johns Konstruktion des Verfahrens vorgebrachten Einwendungen seien auch gegen die von mir vorgeschlagene Gestaltung zu erheben.

John will den Strafprozeß im wesentlichen nach folgenden Grundsätzen aufbauen.⁶⁴⁾

Die Trennung in Vor- und Hauptverfahren, sowie die des untersuchenden Richters von dem erkennenden ist aufzugeben. Sobald die von der Staatsanwaltschaft geführte Untersuchung eine Beschränkung der Freiheit des Beschuldigten erforderlich macht, wird die Sache „gerichtshängig“; diese Gerichtshängigkeit tritt bei den Sachen, in denen eine solche Untersuchungsbehandlung nicht stattfindet, auf Antrag des Staatsanwalts ein. Nach Eintritt der Gerichtshängigkeit sind Staatsanwalt, Beschuldigter, Verteidiger und Richter berechtigt und verpflichtet, die Aufklärung des Sachverhalts mit allen nach jegigem Recht zulässigen Mitteln zu betreiben. Bei den Beweiserhebungen, die stets in beweisender Form zu erfolgen haben, — jede eidesfähige Auskunftsperson ist sofort zu beedigen — findet Parteienöffentlichkeit statt.

Gegen dies System erhebt Kries folgende Einwendungen:

a.⁶⁵⁾ Es liege hier ein innerer Widerspruch vor; John wolle einerseits die Trennung von Vor- und Hauptverfahren auf-

⁶²⁾ Vgl. meine Abhandl. S. 432.

⁶³⁾ S. 98.

⁶⁴⁾ Komm. Bd. 2 S. 200–219.

⁶⁵⁾ S. 33 f.

geben, anderseits aber die „Gerichtshängigkeit“ dann eintreten lassen, wenn die von der Staatsanwaltschaft geleitete Untersuchung eine Beschränkung der Freiheit des Beschuldigten notwendig mache. Hier werde also eine dem gerichtlichen Verfahren vorangehende staatsanwaltliche Untersuchung, mithin eine Trennung von Vor- und Hauptverfahren vorausgesetzt. — Dieser Einwand trifft meine Vorschläge nicht, weil nach letzteren die Trennung von Vor- und Hauptverfahren nicht aufgegeben werden soll.

b.⁶⁶⁾ Das John'sche Verfahren führe zu Schwierigkeiten, wenn die gerichtlichen Erhebungen zu einer Zeit begonnen hätten, wo der Thäter des Verbrechens noch unbekannt sei. Wenn dann allmählich der Verdacht aufträte, daß X der Thäter sei, so müßte derselbe nach John's Vorschlägen auf Grund der sofort veranstalteten eidlichen Zeugenvernehmungen verurteilt werden, obwohl er bei denselben nicht zugegen war, was dem von John selbst anerkannten Prinzip der Parteienöffentlichkeit widerspricht.

In dem von mir verlangten Verfahren sollen eidliche Zeugenvernehmungen erst nach Ermittlung eines bestimmten Beschuldigten erfolgen;⁶⁷⁾ bei einem Wechsel in der Person des Verdächtigen oder beim Hinzutreten eines neuen Beschuldigten sollen, wie vorhin bemerkt, die Beweiserhebungen wiederholt werden. Hier können daher die geschilderten Mißstände nicht eintreten.

c.⁶⁸⁾ Es werde bei John im unklaren gelassen, wer den Untersuchungsplan zu entwerfen, die Verantwortlichkeit für dessen Gelingen zu tragen und über die Reihenfolge zu entscheiden habe, in welcher die Auskunftspersonen zu vernehmen und die Verdachtsmomente zu erörtern seien.

Diese ganze Frage ist weit mehr von theoretischer als von praktischer Bedeutung. Der Staatsanwalt, der ein Ermittlungsverfahren leitet, der Polizeibeamte, welcher auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft die „Feststellung des Thatbestandes“ vornimmt, der Richter, welcher die Voruntersuchung führt, — alle diese Beamten gewinnen bei Beginn der Untersuchung wohl Klarheit über die zunächst zu treffenden Maßregeln; aber sehr selten entwerfen sie

⁶⁶⁾ S. 36.

⁶⁷⁾ S. 433.

⁶⁸⁾ S. 38.

einen Plan für die gesamte Untersuchung: dies wäre in den allermeisten Fällen eine überflüssige Arbeit, weil das Ergebnis jeder neuen Ermittlung den ganzen Plan zerstören und die Ergreifung anderer in dem Plane nicht vorgesehener Maßregeln erforderlich machen kann. — In dem von mir vorgeschlagenen Verfahren würde der Staatsanwalt seine Anträge bezüglich der Reihenfolge, in welcher die Belastungszeugen zu hören und die einzelnen Verdachtsmomente festzustellen sind, auf Grund des von ihm entworfenen „Planes“, falls man nach dem Vorstehenden von einem solchen überhaupt reden will, beim Richter stellen, der Richter wird demselben in den allermeisten Fällen entsprechen. Etwaige geringfügige Änderungen dieser Reihenfolge, welche der Richter in seiner Eigenschaft als Leiter des Verfahrens vornimmt, können die Ausführung jenes „Planes“ nicht beeinträchtigen.

d.⁶⁹⁾ Als Hauptbedenken gegen Johns Reformgedanken bezeichnet Kries den Umstand, daß bei Durchführung derselben der Richter voll und ganz zum Organ der Strafverfolgung wird und somit zur Abgabe des Urteils ungeeignet ist. Dieser durchaus begründete Einwand trifft meine Vorschläge in keiner Weise, weil diese die Trennung des untersuchenden Richters vom erkennenden beibehalten wollen.

e.⁷⁰⁾ Die „Gerichtshängigkeit“ könne nicht durch jede Beschränkung der Freiheit des Beschuldigten begründet werden, weil diese Zwangsmittel sehr oft in einem Augenblick zur Verwendung kommen müßten, wo die Sache zur Hauptverhandlung noch nicht reif sei. Nach meinen Ausführungen soll aber bei Anwendung dieser Zwangsmittel lediglich die Eröffnung der Voruntersuchung herbeigeführt werden.

Hiernach treffen die gegen Johns Reformwünsche vorgebrachten Einwendungen meinen Vorschlägen gegenüber keineswegs zu.

4. Das von mir empfohlene System, so wendet Kries weiter ein,⁷¹⁾ sei nur denkbar, wenn man sich die Aufgaben des Vorverfahrens bereits gelöst, insbesondere die Person des Beschuldigten als feststehend vorstelle.

Das mündliche Vorverfahren setzt allerdings voraus, daß sich

⁶⁹⁾ S. 38.

⁷⁰⁾ S. 39 f.

⁷¹⁾ S. 99.

vorher ein Verdacht auf eine bestimmte Person gelenkt hat. Dagegen braucht keineswegs festzustellen, daß diese Person Beschuldigter bleibt; vielmehr würde ein Wechsel in der Person des Beschuldigten, wie bereits oben gezeigt, den Fortgang des Verfahrens nicht beeinträchtigen.

5. Endlich führt Kries gegen meine Vorschläge noch an,⁷²⁾ daß, wenn der Eröffnungsbeschluß auf Grund unmittelbarer Beweisaufnahme gefaßt werden solle, nicht abzusehen sei, warum nicht gleich das Endurteil gesprochen werde. Die spätere Hauptverhandlung könne nur eine matte Reproduktion sein, schlimmer als die Berufungsinstanz. Bei Gleichheit der Form werde die Übereinstimmung beider Verhandlungen eine viel größere sein, als wenn die eine schriftlich mittelbar, die andre mündlich unmittelbar erfolge. Ein Unterschied in Bezug auf Maß und Ziel werde nicht eintreten, da beides im Vorverfahren von den Prozeßbeteiligten bestimmt werde.

Eine Aburteilung auf Grund der Vorverhandlung kann zunächst deshalb regelmäßig nicht stattfinden, weil niemand daran denken wird, angesichts der vielen nicht bis in das Hauptverfahren gelangenden Sachen schon in diesem Prozeßstadium den Apparat eines Gerichtskollegiums in Bewegung zu setzen, und weil es anderseits ungerechtfertigt wäre, die hier in Betracht kommenden, jetzt zur Zuständigkeit der Strafkammer oder des Schwurgerichts gehörigen Sachen durch Einzelrichter aburteilen zu lassen. In letzterer Beziehung könnte eine Ausnahme nur dann, wenn ein Gesandnis vorliegt und nur unter der Voraussetzung gemacht werden, daß, namentlich mit Rücksicht auf die Frage des Strafmaßes, gegen ein solches Urteil die Berufung offen gelassen wird.

Ferner aber darf die gerichtliche Vorverhandlung darum in der Regel noch nicht zum Urteil führen, weil sie nichts weiter ergeben soll und in vielen Fällen, namentlich wenn sie, etwa infolge einer Verhaftung, in einem sehr frühen Prozeßstadium stattfindet, auch nichts weiter wird ergeben können, als daß der Angeeschuldigte der ihm zur Last gelegten That hinreichend verdächtig erscheint. Alle diejenigen Momente, welche lediglich geeignet sind, diesen Verdacht zur Gewißheit zu steigern, — alle sogenannten „adminikulierenden“ Umstände scheiden von der Erörterung im

⁷²⁾ S. 102.

Vorverfahren aus. Deswegen kann auch im Falle des Geständnisses eine Ausnahme gemacht werden, weil hier eben mehr vorliegt, als ein bloß zur Eröffnung des Hauptverfahrens hinreichender Verdacht.

In der Regel muß ferner die speziellere Behandlung diejenigen Momente aus dem Vorverfahren ausscheiden, welche lediglich für die Bemessung der Strafe, — bei Beleidigungen und Körperverletzungen auch für die der Buße von Bedeutung sind. Manche von diesen Umständen können mitunter zu umfassenden Beweisaufnahmen Veranlassung geben, wie z. B. die Frage des Beweggrundes, ferner die Höhe des Objekts bei Vermögensvergehen und der Umfang der Arbeitsunfähigkeit bei Körperverletzungen. Alle diese Momente werden meist nur insoweit im Vorverfahren zu erörtern sein, als zur Sichtung des bezüglichen Beweismaterials erforderlich ist.

Endlich würde es deshalb nicht sachentsprechend sein, regelmäßig und in größern Sachen auf Grund der ersten mündlichen Verhandlung vor dem Richter das Urteil zu sprechen, weil die Prozeßbeteiligten vielfach in einzelnen Momenten der Verhandlung Veranlassung zu weiteren Anträgen oder Ermittlungen so spät finden werden, daß die Anträge vor Erlaß des Beschlusses nicht mehr gestellt, die Ermittlungen vorher nicht mehr bewirkt werden können; zuweilen wird auch erst der Beschluß selbst ein derartiges Vorgehen herbeiführen. Namentlich der Angeklagte, insbesondere der ungebildete, gewinnt häufig erst im Laufe der ersten mündlichen Verhandlung vor dem Richter einige Klarheit über das, was ihm zur Last gelegt wird. Diese Klarheit wird aber vielfach zu einer vollständigen erst dann, wenn er sich die Ergebnisse der Verhandlung und den Inhalt der auf dieselbe ergangenen richterlichen Entscheidung zu Hause nochmals vergegenwärtigt. Dies ist der wichtigste von den Gründen, welche für die Wiederherstellung der Berufung vorgebracht zu werden pflegen: er wird jedenfalls dahin führen müssen, in allen bedeutenderen Sachen, in denen kein Geständnis vorliegt, von dem Erlaß eines endgültigen Urteils über die Thatfrage gleich nach der ersten mündlichen Verhandlung abzusehen.

Es ist nach dem Vorangehenden durchaus unrichtig, daß die einem mündlichen Vorverfahren nachfolgende Hauptverhandlung eine matte Reproduktion und schlechter als die Berufungsinstanz

sein würde. Vor- und Hauptverhandlung werden vielmehr einen wesentlich verschiedenen Inhalt haben, indem erstere den Verdacht, letztere Schuld und Strafe feststellen soll. Diese Verschiedenheit des Inhalts muß sich auch in der Form fundgeben, vor allem darin, daß die Zeugenvernehmungen im Vorverfahren regelmäßig uneidlich erfolgen. Dies erhält der Hauptverhandlung die nötige Frische und Unmittelbarkeit und erleichtert es den Zeugen, ihre im Vorverfahren abgegebenen Aussagen in der Hauptverhandlung in einzelnen Punkten zu ergänzen oder zu berichtigen.

Schließlich ist es unzutreffend, daß beide Verhandlungen im Maß und Ziel, oder was dasselbe ist, im Objekt gleich sein würden, weil im Vorverfahren die Prozeßbeteiligten einen entscheidenden Einfluß auf die Ladung der Zeugen haben und zu deren Befragung berechtigt sein sollen. Beide Befugnisse sollen den Prozeßbeteiligten allerdings zustehen, aber nur unter der Kontrolle des Richters. Findet der Vorsitzende, daß der von einem Prozeßbeteiligten bezeichnete Gegenstand der Vernehmung eines Zeugen aus dem oben bezeichneten Rahmen des Vorverfahrens heraustritt, so muß er den Zeugen zurückweisen; hält er dafür, daß eine einzelne Frage jenen Rahmen überschreitet, so wird er diese Frage abzuschneiden haben.

Solange nicht durchschlagendere Gründe gegen das mündliche Vorverfahren beigebracht sind, muß dabei verblieben werden, daß dies Verfahren die beste Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten darbietet.

VIII.

Die Wünsche, welche Kries seinerseits betreffs einer Reform des gegenwärtigen Prozesses vorbringt, zerfallen in zwei Hauptgruppen, eine negative, welche Beseitigung einzelner Einrichtungen des jetzigen Verfahrens fordert und eine positive, die bestimmte Neugestaltungen in Vorschlag bringt.

A. In dem negativen Teil wird die Beseitigung der gerichtlichen Voruntersuchung und des Eröffnungsbeschlusses verlangt.

1. Für die Beseitigung der gerichtlichen Voruntersuchung werden von Kries dieselben Gründe geltend gemacht, welche seiner Zeit von Stemann und von Keller hierfür beigebracht haben. Es ist schon von Gneist in seinen „Vier Fragen“⁷³⁾

⁷³⁾ S. 65 ff.

ausführlich nachgewiesen worden, daß diese Forderung zu weit geht. Zweifellos ist der größte Teil der gegen die gerichtliche Voruntersuchung erhobenen Einwendungen begründet. Es ist richtig, daß das Institut unklaren und widerspruchsvollen Vorstellungen entsprungen ist und sein Dasein hauptsächlich dem Bestreben verdankt, alte, mit dem neuen Verfahren nicht mehr vereinbare Einrichtungen beizubehalten. Es ist richtig, daß ein Beamter nicht wohl die Interessen der Strafverfolgung und die des Angeklagten gleichmäßig berücksichtigen und dann noch über Eingriffe in die Rechtssphäre unparteiisch entscheiden kann. Es ist richtig, daß infolgedessen der Untersuchungsrichter die Interessen der Strafverfolgung, zu deren Organen er nach dem gegenwärtigen Verfahren in gewissem Sinne gehört, zu bevorzugen pflegt und diese Bevorzugung auch bei Entscheidungen über die gegen den Angeeschuldigten anzuwendenden Zwangsmittel hervortreten läßt. Endlich werden auch die Interessen der Strafverfolgung in der Voruntersuchung nicht durchweg gewahrt, da der Richter die Absichten des Staatsanwalts nicht immer kennt.

Alle diese Mängel können jedoch zur Beseitigung der Voruntersuchung nur dann führen, wenn ein Verfahren an deren Stelle gesetzt werden kann, welches diese Mängel vermeidet, ohne andre ebenso erhebliche oder noch schlimmere aufzuweisen. Rries will aber das Hauptverfahren lediglich durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorbereiten lassen. Dies würde zwar die Mängel, welche der Voruntersuchung bezüglich des Anklagebeweises anhaften, beseitigen, aber die viel größern Mängel in der Behandlung des Verteidigungsbeweises bedeutend verstärken. Dem Rriesschen Vorschlage ist eine Beibehaltung des jetzigen Zustandes und eine Ausdehnung der gegenwärtigen gerichtlichen Voruntersuchung mindestens auf alle Haftfachen weitaus vorzuziehen.

Denn es bleibt wenigstens für die bedeutendern, mit erheblichen Freiheitsstrafen bedrohten Fälle noch heut wahr, was die 3. Abteilung des 3. Juristentages zu Wien 1862 auf Glasers Antrag einstimmig aussprach:

„Die gerichtliche Voruntersuchung muß beibehalten werden, weil nicht dem Staatsanwalt, sondern nur einem unabhängigen richterlichen Beamten die Verfügung über die Person des Angeeschuldigten, die Aufnahme jener Beweise, welche in der Hauptverhandlung nicht wieder vor-

geführt werden, endlich die Herbeischaffung des Verteidigungsmaterials anvertraut werden kann.“⁷⁴⁾

Der Untersuchungsrichter wird allerdings in seiner gegenwärtigen Stellung bis zu einem gewissen Grade Organ der Strafverfolgung, aber er bleibt immer ein Richter, dessen eigentlicher Beruf die Strafverfolgung nicht ist, der vielfach gleichzeitig mit Zivilsachen zu thun hat, oft auch nur für ein Geschäftsjahr als Untersuchungsrichter fungiert und vorher und nachher eine Thätigkeit als erkennender Richter in einer Straf- oder Zivilkammer ausübt. Er berücksichtigt bei der jetzigen Gestaltung des Verfahrens die Entlastungsmomente bei weitem nicht in ausreichendem, aber doch in ungleich umfassenderem Maße, als der Staatsanwalt dies im Ermittlungsverfahren und bei seinem sonstigen Vorgehen thut. Nicht selten kommt es vor, daß der Untersuchungsrichter am Schluß der Voruntersuchung sich dahin ausdrückt,⁷⁵⁾ den Angeeschuldigten außer Verfolgung zu setzen, während der Staatsanwalt Anklage erhebt. Noch schärfer tritt diese Verschiedenheit der Anschauung bei Haftsachen hervor. Häufig lehnt der Untersuchungsrichter einen Haftantrag des Staatsanwalts ab; öfters befürwortet er auch auf Grund des Ergebnisses neuer Erhebungen die Entlassung des Verhafteten, während der Staatsanwalt derselben widerspricht.⁷⁶⁾ Es liegt daher in der jetzigen gerichtlichen Voruntersuchung, trotzdem dieselbe in das System des heutigen Strafprozesses nicht hineinpaßt, ein Schutz für den Angeeschuldigten, welchen das an und für sich mit dem geltenden Verfahren besser im Einklang stehende staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren nicht gewährt; solange daher das dualistische System im Ubrigen dauert, wird auch die gerichtliche Voruntersuchung in ihrer heutigen Gestalt beibehalten werden müssen.

2. Kries verlangt ferner die Abschaffung des Eröffnungsbeschlusses. Betreffs dieser Forderung liegt die Sache anders,

⁷⁴⁾ Verhandlungen S. 309 ff. speziell S. 321. „Gerichtliche Voruntersuchung“ ist eine vom Richter geleitete, dem Hauptverfahren vorangehende Untersuchung; als eine solche ist daher auch das von mir vorgeschlagene mündliche Vorverfahren anzusehen.

⁷⁵⁾ Mittels einer sogenannten „Pro notitia“; gesetzlich verpflichtet ist er zu einer solchen Äußerung nicht.

⁷⁶⁾ Die Unhaltbarkeit der Regelung, welche Kries für Haftsachen vorschlägt, soll später erörtert werden.

als bezüglich der auf Beseitigung der Voruntersuchung gerichteten; der gegenwärtige Eröffnungsbeschuß ist in der That ein nahezu wertloses Prozeßinstitut, dessen Wegfall namentlich im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens wünschenswert erscheint.

Anders stellt sich die Sache, wenn es sich um die Beantwortung der Frage handelt, ob in einem anders und sachgemäßer gestalteten Verfahren eine gerichtliche Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens stattfinden soll. Diese Frage wird zu bejahen sein.

Zu Gunsten des Eröffnungsbeschlusses ist bisher mit Recht angeführt worden, daß mit dem Beginn des Hauptverfahrens, namentlich aber mit der Hauptverhandlung für den Beschuldigten Nachteile verbunden sind, welche man ihm ohne gerichtliche, auf zuverlässiger Grundlage ergehende Entscheidung nicht auferlegen darf.

Diese Ansicht, entgegen Kries, verwechselt die tatsächlichen Nachteile, die aus dem Verdacht des Verbrechens entspringen, mit den Rechtswirkungen des Eröffnungsbeschlusses. Letztere würden mit dem Wegfall der gerichtlichen Entscheidung von selbst bestätigt, erstere träten lange vor dem Gerichtsbeschlusse, insbesondere mit etwaigen den Beschuldigten treffenden Zwangsmaßregeln ein.

Es kann sich hier allerdings nur um die tatsächlichen Nachteile handeln, welche nicht nur durch den Verdacht, ein Verbrechen begangen zu haben, sondern hauptsächlich auch daraus entspringen, daß dieser Verdacht in weiteren Kreisen bekannt wird.

Hier ist nun von den Kries'schen Einwendungen so viel richtig, daß in Haftfachen der Eröffnungsbeschuß nur eine ziemlich geringe Bedeutung hat. Wenn ein Richter den Beschuldigten als „dringend“ verdächtig verhaftet hat, so ist es für den Letztern nicht von Erheblichkeit, ob ein zweiter Richter ihn als „hinreichend“ verdächtig erachtet, um das Hauptverfahren zu eröffnen. Das Mißliche seiner Lage wird zwar dadurch vermehrt, daß der Verdacht gegen ihn nunmehr öffentlich bekannt wird; aber auch dies ist meist nicht mehr von einschneidender Bedeutung, da auch die Nachricht von einer Verhaftung vielfach schon in weitere, mit dem Beschuldigten in irgend welcher Beziehung stehende Kreise zu bringen pflegt. Für Haftfachen könnte daher allenfalls der Beseitigung des Eröffnungsbeschlusses zugestimmt werden.⁷⁷⁾

⁷⁷⁾ Dagegen ist bei Haftfachen eine mündliche gerichtliche Vorverhandlung durch die aus der Natur der Untersuchungshaft sich ergebenden anderweit erörterten Gründe bedingt.

Ganz anders bei Nichtthatsachen.

Hier treten fast alle die thatsächlichen Nachteile, welche mit dem Verdacht einer Strafthat verbunden sind, erst mit dem Beginn der Hauptverhandlung oder doch erst mit dem Augenblick ein, wo die Ansetzung des Hauptverhandlungstermins bekannt wird. Daß der Verdacht schon im Vorverfahren, etwa durch die vernommenen Zeugen oder infolge von Durchsuchungen, sich weiter verbreitet, ist bei Nichtthatsachen selten.

Kries will nur zugeben, daß es „keine Unannehmlichkeit“ sei, in öffentlicher Verhandlung als Angeklagter erscheinen zu müssen, ebenso, wie es überhaupt „kein Vergnügen“ sei, prozessieren zu müssen. Hieraus könnten jedoch nicht Folgerungen von solcher Tragweite gezogen werden. Übrigens sei auch nicht behauptet worden, daß das gegenwärtige Verfahren in Privatklagesachen zu Mißständen führe, wo doch sachlich der Schutz eines Gerichtsbeschlusses fehle und die Gefahr frivoler Anklagen erheblich größer sei.

Was Kries hier sagt, das könnte man allenfalls für den Zivilprozeß als Regel gelten lassen. Wenn jemand Gefahr läuft, lediglich zur Zahlung einer Geldsumme, zur Herausgabe eines Gegenstandes oder zur Gewährung einer Leistung und zur Tragung von Kosten verurteilt zu werden, außerdem vielfach Zeit und Ruhe opfern muß, so mag man für die meisten Fälle mit Kries sagen, daß dies bloß „keine Unannehmlichkeit“ oder „kein Vergnügen“ für den Beklagten sei. Zuweilen trifft dies aber auch für den Zivilprozeß nicht zu; einem Kaufmann z. B., der auf eine sehr große Summe verklagt wird, kann dies unter Umständen den Kredit ernstlich gefährden.

Ähnlich wie im Zivilprozeß, aber eher noch günstiger für den betreffenden Teil, ist das Verhältnis bei den Privatklagen. Der Privatklageprozeß ist zwar als Strafprozeß aufgebaut, aber das (regelmäßige) Fehlen einer Staatsanwaltschaft, das Institut der Widerklage, die Möglichkeit, daß auch dem Kläger Kosten auferlegt werden können, die im Gesetz stillschweigend gewährte Zulassung eines Vergleichs, — diese und andre Momente nähern jenes Verfahren dem Zivilprozeß. Im Publikum betrachtet man den Privatangeklagten — auch mit Rücksicht auf die weit häufiger als im Verfahren auf öffentliche Klage vorkommenden Freisprechungen — nur wie einen Beklagten im Zivilprozeß; man sagt, X sei von Y

„wegen Injurien verklagt“, — und denkt hierbei nur an die große Mehrzahl der Fälle, in welchen bei einer Verurteilung auf eine geringfügige Geldstrafe erkannt wird. Die sehr seltene Eventualität einer Freiheitsstrafe wird hier kaum je in Betracht gezogen. Im Privatklageprozeß ist daher die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Hauptverhandlung für den Beschuldigten regelmäßig nur eine „Unannehmlichkeit“ und es bedarf deshalb in diesem eines Gerichtsbeschlusses nicht.

Ganz anders liegt die Sache im ordentlichen Strafprozeß. Das Gewicht einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen, auf amtliche Ermittlungen begründeten Klage ist ein ganz anderes als das einer Privatklage, in welcher die Behauptungen des Klägers meist nur durch Berufung auf noch nicht vernommene Zeugen gestützt werden. Schon wegen Hausfriedensbruchs oder Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen gefährlicher Körperverletzung oder Sachbeschädigung auf der Anklagebank erscheinen zu müssen, ist für den Unschuldigen nicht nur eine Unannehmlichkeit, sondern ein wirkliches Mißgeschick, ganz besonders dann, wenn der Betroffene den gebildeten Ständen angehört. Muß sich dagegen eine unbescholtene Person wegen eines mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohten Vergehens, z. B. eines Diebstahls oder Betruges, den sie nicht begangen hat, ist öffentlicher Sitzung verantworten, so ist dies ein schweres Unglück, das unter Umständen die Existenz vernichten und auch durch eine spätere Freisprechung nicht wieder gut gemacht werden kann. Um möglichst zu verhüten, daß dies einen Unschuldigen treffe, rechtfertigt sich die Einführung eines auf zuverlässiger Grundlage ergehenden Eröffnungsbeschlusses.

B. Die wichtigsten Änderungen des jetzigen Verfahrens in positiver Richtung, welche Kries vor schlägt, sind die Einführung eines besonderen Arrestprozesses und eine weitergehende Berücksichtigung des Entlastungsbeweises im Hauptverfahren, verbunden mit Abänderung des § 228 Str.G.B.

1. Den neu zu konstruierenden Arrestprozeß denkt sich Kries folgendermaßen⁷⁸⁾:

Beantragt der Staatsanwalt vor Erhebung der öffentlichen Klage beim Amtsrichter die Verhaftung des Beschuldigten, so beginnt ein von dem Hauptprozeß unabhängiger Arrestprozeß. In

⁷⁸⁾ S. 66 ff.

Letzterm ist die Parteienöffentlichkeit in ausgedehnterem Maße als im Hauptprozeß zuzulassen, auch eine Verteidigung in größerem Umfange zu gewähren; die Zeugen sind zu beeidigen, wenn der Richter dies zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für erforderlich erachtet; der Beschuldigte ist berechtigt, beim Amtsrichter die Erhebung von Verteidigungsbeweisen zu beantragen, um seine Freilassung herbeizuführen; der Amtsrichter hat dahin zu wirken, daß der Beschuldigte die sachdienlichen Anträge stellt. Die beantragten Beweise sind vom Amtsrichter aufzunehmen. — Über diesen Arrestprozeß sind Akten anzulegen, welche beim Amtsgericht verbleiben. Die Zeugenvernehmungsprotokolle, durch welche der Staatsanwalt seinen Haftantrag glaubhaft macht, werden, falls man solche überhaupt zulassen will, zu diesen Akten genommen.

Diese Vorschläge sind jetzt näher ins Auge zu fassen.

Nach dem geltenden Recht, welches von Kries nicht beanstandet wird, ist für die Verhängung der Untersuchungshaft erforderlich: 1. ein dringender Verdacht der That; 2. ein Haftgrund und zwar entweder a) Fluchtgefahr oder b) Kollisionsgefahr.

Offenbar will nun Kries über die Haftgründe im Arrestprozeß verhandelt wissen; dagegen bleibt nach seiner Darstellung unklar, ob und inwieweit in letztem Verfahren die sachlichen Verdachtsgründe erörtert werden sollen.

Kries sagt⁷⁹⁾, bei so eminent wichtigen Beschlüssen, wie bei der Verhaftung sollte mindestens die Regel die sein, daß der Richter die Zeugen selbst sehe und höre.

Dann heißt es an einer andern Stelle⁸⁰⁾, die Verteidigung des Verhafteten werde in erster Linie in einer Kritik der ihn belastenden Beweismittel bestehen: er werde daher „vielfach“ (in welchen Fällen?) verlangen dürfen, den Belastungszeugen gegenübergestellt zu werden.

Das würde mit andern Worten heißen, daß der Belastungsbeweis in Haftsachen vom Richter und nicht vom Staatsanwalt, im Arrestprozeß und nicht im Hauptprozeß aufzunehmen ist. Dann wird der Hauptprozeß entbehrlich und es tritt in allen Haftsachen ein Verfahren ein, welches materiell nur als eine gerichtliche Voruntersuchung bezeichnet werden kann.

⁷⁹⁾ S. 66.

⁸⁰⁾ S. 67.

Denn auch der Entlastungsbeweis soll nach Kries in Haft-
sachen vom Amtsrichter erhoben werden⁸¹⁾). Kries will den § 164
nicht nur beibehalten, sondern ihn auch dahin erweitern, daß der
Beschuldigte sich jederzeit zum Zweck der Antragstellung soll aus
der Haft vorführen lassen dürfen⁸²⁾, und daß ihm auch Anwesen-
heit und Fragerrecht bei Vernehmung der Schutzzeugen gestattet
wird.

An einer andern Stelle dagegen⁸³⁾ führt Kries folgendes aus:

„Richtet sich der Verdacht, ein Verbrechen begangen
zu haben, gegen einen Unschuldigen und wird derselbe ver-
haftet, so wird er, wenn er den Fluchtverdacht nicht be-
streiten bez. beseitigen kann und auch etwa ein Alibibeweis
scheitert, abwarten müssen, daß die weiter geführte
Untersuchung den wahren Schuldigen heraus-
bekommt. Das ist gewiß für den Betroffenen sehr hart;
es läßt sich aber dagegen nichts machen.“

Danach würde der Verhaftete also nicht berechtigt sein, durch
Antragstellung beim Amtsrichter die Erhebung von Entlastungs-
beweisen, — abgesehen etwa vom Alibibeweis — herbei-
zuführen. Diese Ausführung hängt anscheinend mit Kries oben
besprochener irriger Ansicht zusammen, daß es außer dem Alibi-
beweis einen Entlastungsbeweis in Strafsachen nicht gäbe; aber
auch so wird der Widerspruch mit den frühern Erörterungen nicht
genügend erklärt. Nach der letzten Stelle würde der Beschuldigte
auch nicht berechtigt sein, den weiteren belastenden Erhebungen
beizuwohnen, auf ihre Gestaltung durch Fragestellung einzuwirken
und an ihnen Kritik zu üben, weil diese Erhebungen in der „weiteren
Untersuchung“, also vom Staatsanwalt vorgenommen werden
sollen.

⁸¹⁾ S. 67 f.

⁸²⁾ Letzteres ist nicht geltendes Recht; nach § 164 soll vielmehr der Be-
schuldigte diese Anträge nur dann stellen dürfen, wenn er vom Amtsrichter ver-
nommen wird (so auch Löwe, Komm. 5. A. S. 435 Anm. 3). Der Grund
dieser Beschränkung liegt darin, daß der Amtsrichter nur in dem erwähnten
Falle die Akten und daher die Möglichkeit in der Hand hat, über die Erheblich-
keit der vom Beschuldigten gestellten Anträge zu befinden und die Vernehmungen
in sachgemäßer Weise zu bewirken. Die von Kries aufgestellte Ansicht wider-
spricht daher nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Sinne des § 164.

⁸³⁾ S. 72.

Es ist nicht leicht, aus diesen anscheinend widersprechenden Erörterungen Kries wirkliche Meinung bezüglich der Scheidung beider Prozesse zu erkennen. Vielleicht geht diese bezüglich des Belastungsbeweises dahin, daß bis zum Haftbeschluß auch die sachlichen Erhebungen vom Richter im Arrestprozeß vorzunehmen wären, nach dem Haftbeschluß dagegen die auf die Sache selbst bezüglichen Beweisaufnahmen vom Staatsanwalt im Hauptprozeß bewirkt werden müßten, während der Arrestrichter auf die Erörterung der Haftgründe beschränkt bliebe.

Aber eine solche und jede andre Trennung ist sowohl bezüglich des Verfahrens sachwidrig, als betreffs der Akten nahezu unausführbar.

Das ganze Verfahren würde zunächst ein überaus verwickeltes und schwerfälliges werden. Es würde mit den Vorerhebungen beginnen, auf Grund deren sich der Staatsanwalt schlüssig macht, ob er Haft beantragen soll. Dann folgen im Arrestprozeße, der aber hier mit dem Hauptprozeß zusammenfällt, die vorzunehmenden richterlichen Beweiserhebungen, welche zunächst die Belastungsmomente, dann aber gemäß § 164 auch die Entlastungsmomente betreffen. Hierauf spaltet sich der Prozeß in den Hauptprozeß, der die Verdachtsgründe zum Gegenstande hat und vom Staatsanwalt geführt wird, und den Arrestprozeß, der, vom Richter geleitet, sich mit den Haftgründen beschäftigt.

Die praktischen Schwierigkeiten dieser Gestaltung würden hauptsächlich in dem Stadium zu Tage treten, in welchem Haupt- und Arrestprozeß nebeneinander herlaufen, wo sich also der Hauptprozeß mit den Verdachtsmomenten, das Arrestverfahren mit den Haftgründen⁸⁴⁾ beschäftigt. Es ist hier zunächst der praktisch häufigere Fall der Verhaftung wegen Fluchtverdachts in Betracht zu ziehen. Wenn der Fluchtverdacht lediglich in Umständen oder in Handlungen des Beschuldigten gefunden wird, welche mit der Strafthat selbst keine Beziehung haben, z. B. in dem Mangel fester Wohnung oder Beschäftigung, in Fluchtvorbereitungen oder in einer bereits erfolgten Entfernung aus dem Wohnort, so ist eine solche Trennung denkbar, aber nicht praktisch, da die meisten hierher gehörigen Momente ohne Zeugenvernehmungen durch amtliche Mit-

⁸⁴⁾ Vgl. über die Haftgründe meine Ausführung in Goldb. Arch. Bd. 29 S. 350 ff.

teilungen von Behörden festgestellt werden können, also eines besondern richterlichen Verfahrens nicht bedürfen. Oft aber erscheint eine Fluchtgefahr durch die Höhe der zu erwartenden Strafe oder dadurch begründet, daß ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet. Dieser Verdacht kann nur durch einen die Sache selbst betreffenden Entlastungsbeweis entkräftet werden; der Beschuldigte muß darthun, daß er gar keine strafbare Handlung begangen hat oder daß seine That eine Strafe erwarten läßt, welche zu geringfügig ist, um einen Fluchtverdacht zu begründen.

Der Kollusionsverdacht kann nur durch einen die Sache selbst mitbetreffenden Beweis beseitigt werden; wenn Verdunkelung des Thatbestandes vorgeworfen wird, der muß zum Nachweis des Gegenteils auf den Thatbestand selbst eingehen.

Der Amtsrichter wird zu diesen Beweiserhebungen oft dieselben Zeugen laden müssen, die der Staatsanwalt als Belastungszeugen verwendet, da vielfach dieselben Personen belastende und entlastende Umstände bekunden; vielfach ist der Beschuldigte mindestens der Ansicht, daß Zeugen, die ihn in den Vorerhebungen belasteten, bei ihrer eidlichen Vernehmung vor dem Richter das Gegenteil aussagen würden. So werden die Zeugen vor der Hauptverhandlung vielfach dreimal vernommen werden müssen, vom Staatsanwalt in den Vorerhebungen, vom Amtsrichter im Arrestverfahren und dann vom Staatsanwalt im Hauptprozeß; jede dieser Vernehmungen kann möglicherweise ein andres Ergebnis liefern. Zuweilen wird der Staatsanwalt, der die Arrestakten nicht kennt, unter Berufung auf die Aussage eines Zeugen Anklage erheben, welcher vor dem Amtsrichter in entlastender Weise ausgesagt hat, zum großen Erstaunen des Beschuldigten, der von der gerichtlichen Aussage dieses Zeugen unmittelbar Kenntnis genommen hat, während er von der entgegengesetzten, vor dem Staatsanwalt abgegebenen erst durch die Anklage erfährt.

Das Schlimmste an der Sache ist aber, daß der Amtsrichter, auch wenn durch seine Erhebungen alle bisherigen Haftgründe widerlegt sind, den Beschuldigten doch nicht entlassen kann, weil keine Sicherheit dafür vorhanden ist, daß nicht die vom Staatsanwalt im Hauptprozeß angestellten Ermittlungen neue Haftgründe ergeben haben. In einem solchen Falle könnte durch eine Freilassung der ganze Zweck des Verfahrens vereitelt werden. Der Amtsrichter muß also, bevor er den Haftbefehl aufhebt, mindestens

die Akten der Staatsanwaltschaft beifügen lassen. Vielsach dauert es aber eine Reihe von Tagen, bis er diese erlangen kann, weil sie zeitweilig vom Staatsanwalt selbst notwendig gebraucht werden, oder an andre Behörden zur Kenntnisaufnahme oder zum Zweck von Ermittlungen versandt sind. Ist der Richter nun schließlich im Besitz der Akten und hat er in denselben neue Haftgründe entdeckt, die durch polizeiliche Zeugenansagen glaubhaft gemacht sind, so ist er in die Notwendigkeit versetzt, diese Zeugen in Gegenwart des Beschuldigten nochmals zu vernehmen. Bis dies geschehen, müssen also die Akten des Staatsanwalts beim Gericht verbleiben, so daß also der Hauptprozeß so lange ruht. Hierdurch würde eine außerordentliche Verschleppung des Verfahrens bewirkt werden. Will man diese Unzuträglichkeiten mildern, so ist wieder eine sachgemäße Trennung der Akten des Haupt- und Arrestprozesses ganz unmöglich. Die Protokolle, welche der Amtsrichter über die von ihm bewirkten Zeugenvernehmungen aufnimmt, müßte eigentlich der Staatsanwalt auch in seinen Hauptprozeßakten haben, da sie vielfach wichtige Überführungsmomente enthalten würden. Umgekehrt müßten dem Richter, wenn er nicht in der vorhin erörterten Weise häufig die Akten des Staatsanwalts einfordern will, die Erhebungen des Hauptprozesses von Zeit zu Zeit zugänglich gemacht werden, um ihm eine sachgemäße Grundlage für seine Vernehmungen und Beschlüsse zu gewähren. Es müßten hiernach Abschriften aus dem Hauptprozeß zu den Arrestakten und aus dem Arrestprozeß zu den Hauptakten gefertigt werden. Wer den Geschäftsgang auf den deutschen Gerichtsschreibereien und Sekretariaten der Staatsanwaltschaft kennt, der wird ermessen, zu welchen Verzögerungen ein derartiges Verfahren führen müßte.

Es ist aus dem Vorangehenden ersichtlich, daß die geschilderten Nachteile in anderer Art, aber in demselben Maße auch dann eintreten müßten, wenn die Aufgaben des Haupt- und Arrestprozesses anders verteilt würden.

2. Bezüglich des Hauptverfahrens macht Kries, allerdings in vorsichtiger Form, den Vorschlag,⁸⁵⁾ man solle dem Angeklagten, dessen Verteidigungsbeweise nicht in der betreffenden Hauptverhandlung aufgenommen werden können, das absolute Recht geben, Vertagung und Herbeischaffung dieser Beweise zu beanspruchen, —

⁸⁵⁾ S. 45.

dafür aber die Frist des § 228 auf 1—2 Wochen verlängern. Dies sei wünschenswert, damit den Entlastungsanträgen des Angeeschuldigten in größerem Umfange entsprochen werde. Diese würden jetzt fast immer abgelehnt, einerseits weil sie ihrer meist negativen Natur wegen überwiegend scheiterten, anderseits weil das Gericht einer vollständigen Wiederholung der ganzen Verhandlung, welche bei Vertagungen infolge des § 228 meist notwendig werde, abgeneigt sei.

Die Behauptung, daß Beweisantretungen des Angeklagten meist für eine Negative erfolgten, ist bereits oben widerlegt. Im Übrigen ist es richtig, daß Entlastungsanträge überwiegend abgelehnt werden. Der Grund hierfür liegt weniger in der Abneigung des Gerichts gegen die Wiederholung der Verhandlung, als in sachlichen Gründen, nämlich darin, daß die Beweisangebote für nicht hinreichend begründet⁸⁶⁾ oder für unerheblich erachtet werden, oder weil angenommen wird, daß die Anträge nur zum Verschleif der Sache gestellt sind. Ersteres kommt besonders häufig bei ungebildeten Angeklagten vor, welche es nicht verstehen, den Beweisgegenstand ausreichend klarzustellen, so daß das Gericht nicht imstande ist, die Erheblichkeit des Antrages zu prüfen; vielfach erklären solche Angeklagte nur: „Ich verlange meine Zeugen“,⁸⁷⁾ oder sie fordern die Vernehmung von Zeugen, welche bekunden sollen, „daß sich die Sache nicht so verhält“ (wie die Anklage behauptet). — Besonders oft erfolgt die Ablehnung des Entlastungsbeweises deshalb, weil derselbe für unerheblich erachtet wird. Das kann verschiedene Gründe haben. Oft betrifft der Beweisanspruch nur einen Nebenpunkt, so daß das Ergebnis des Beweises für die Entscheidung der Sache bedeutungslos wäre. Zuweilen erachtet das Gericht den Antrag nur deshalb für unerheblich, weil es die Richtigkeit der Beweisthatfachen schon anderweit für erwiesen erachtet. In den meisten Fällen ist der Beweisgegenstand zwar ein erheblicher, aber es erscheint die Annahme begründet, daß die Schutzzeugen vermöge ihres Verhältnisses zum Angeklagten oder einer bereits erfolgten oder zu erwartenden Beeinflussung durch

⁸⁶⁾ Im ältern preussischen Zivilprozeß nannte man das „unsubstantiiert.“

⁸⁷⁾ Bei dieser von den Angeklagten häufig gebrauchten Formel wird man lebhaft an die Eideshelfer des alten Prozeßes erinnert. Werden einmal diese Zeugen vernommen, so wissen sie mitunter nur zu bekunden, daß sie den Angeklagten für unschuldig halten.

denselben oder aus andern Gründen nicht die Fähigkeit oder den guten Willen haben würden, etwas objektiv Richtiges über den Beweisgegenstand zu bekunden, und es erfolgt deshalb die Ablehnung des Beweisanspruches unter der vom Reichsgericht⁸⁸⁾ gebilligten Formel, weil die betreffenden Beweise oder Beweismomente „in dem speziellen Falle gegenüber den für die Schuldigsprechung entscheidenden Beweisgründen einen wesentlichen Einfluß auf die Beweiswürdigung nicht üben würden“.

In dieser Annahme kann sich das Gericht allerdings auch täuschen, weil es infolge der Struktur unsres Verfahrens den Wert der Belastungsbeweise überschätzt und den der Verteidigungsbeweise unterschätzt, — und weil man die Erheblichkeit eines Beweismittels mit Sicherheit erst dann beurteilen kann, wenn man dasselbe vor sich hat. Aber weil dies in einzelnen Fällen vorkommen kann, so ist doch noch kein Grund da, in allen Fällen dem Angeklagten ein Recht auf Vertagung einzuräumen. Eine solche Befugnis müßte, wenn sie bekannt würde, einen unerträglichen Zustand hervorrufen. Jeder Angeklagte, dem daran liegt, Zeit zu gewinnen, um den Thatbestand in irgend einer Weise zu verdunkeln, oder um die Flucht zu ergreifen, oder um die Strafe später, etwa in einer günstigeren Jahreszeit zu verbüßen, — jeder derartige Angeklagte würde mit einem nötigenfalls mit Hilfe eines Winkelfonsulenten vorbereiteten, äußerlich richtig formulierten Entlastungsantrage im Verhandlungstermin erscheinen und die Vertagung erzwingen; vielleicht ein Drittel aller Strafprozesse würden auf diese Weise nutzlos verschleppt und teilweise in ihrem Erfolge gefährdet werden.

Auf die ganz besondern Schwierigkeiten, welche die von Kries befürwortete Bestimmung in Schwurgerichtssachen bereiten würde, braucht wohl kaum besonders hingewiesen zu werden.

Aber auch der auf Abänderung des § 228 gerichtete Vorschlag ist unannehmbar.

In einem reorganisierten Vorverfahren, welches zwar auf dem Prinzip der Unmittelbarkeit aufgebaut ist, aber doch keine strenge Innehaltung der Mündlichkeit verlangt, würde der fungierende

⁸⁸⁾ Ur. vom 12. Januar 1880, Entsch. Bd. 1 S. 62. Die Formel ist etwas breit, die früher übliche Ablehnung der Entlastungsanträge „als thatsächlich unerheblich“ war kürzer und bedeutete genau dasselbe.

Einzelrichter im Stande sein, die Aussagen der von ihm vernommenen Personen insoweit im Gedächtnis zu behalten, daß er eine abgebrochene Verhandlung mit Hilfe seiner Notizen und der Aufzeichnungen des Gerichtsschreibers auch nach mehr als drei, allenfalls nach acht Tagen fortsetzen kann.

Ganz anders in der Hauptverhandlung, wo außer dem Vorsitzenden, welcher Zeugen, Sachverständige und Beschuldigte vernimmt, noch andre Richter mitwirken.

Schon bei manchen Verhandlungen, die zwar nur einen Sitzungstag, aber immerhin längere Zeit in Anspruch nehmen, stellt sich in der Beratung heraus, daß einzelne Richter einige Angaben der Zeugen verschieden verstanden, andre überhört oder vergessen haben. In diesen Fällen wird nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten und es werden die Zeugen über die betreffenden Punkte von neuem vernommen.

Diese Schwierigkeiten mehren sich selbstverständlich, wenn eine Unterbrechung und Fortsetzung der Verhandlung gemäß § 228 Str. G. B. stattfindet. Zeigt sich dann bei der Beratung eine verschiedene Auffassung bezüglich der Aussage eines am ersten Verhandlungstage vernommenen Zeugen, so kann nicht durch sofortige erneute Vernehmung des Zeugen geholfen werden, da derselbe zur zweiten Verhandlung nicht geladen ist. Betrifft jene Verschiedenheit daher einen entscheidenden Punkt, so muß eine abermalige Verhandlung und erneute Ladung des betreffenden Zeugen erfolgen.

Außerdem entschwinden in verwickelteren Sachen beinahe bei jeder längeren Unterbrechung der Verhandlung viele Punkte dem einen oder andern der beisitzenden Richter, welche doch nur einzelne Fragen stellen, sonst aber bei der Beweisaufnahme aktiv nicht mitwirken, aus dem Gedächtnis, so daß vielfach nur das allgemeine Bild der Verhandlung haften bleibt, für die Einzelheiten aber, namentlich Zahlen und Daten, die Notizen, insbesondere die des Referenten, zu Hilfe genommen werden müssen. Hierdurch wird das Mündlichkeitsprinzip einigermaßen durchlöchert. Nur der Vorsitzende, welcher die Akten kennt und die Zeugen und Beschuldigten selbst vernimmt, pflegt die gesamte Verhandlung im Gedächtnis zu behalten.

Diese Übelstände treten aber in der Praxis weniger zu Tage, weil die Anwendungsfälle des § 228 nicht häufig sind. Sie beschränken sich meist auf größere Sachen, denen von vornherein

eine besonders gespannte Aufmerksamkeit gewidmet wird; es werden dann an und zwischen beiden Verhandlungstagen andre Sachen nicht abgeurteilt.

Nun stelle man sich vor, daß anstatt dieser wenigen bedeutenden Sachen etwa ein Drittel aller Straffälle vertagt und — nicht nach 2 oder 3, sondern — nach 7 oder 14 Tagen weiter verhandelt werden, so daß natürlich zwischen den betreffenden beiden Sitzungstagen wieder eine große Anzahl anderer Sachen zur Verhandlung und Aburteilung gelangen muß. Jeder Praktiker wird leicht ermessen, wie oft dann die Erinnerung an die vorige Verhandlung in ihren Einzelheiten den Beisitzern verloren gehen, wie oft sie sich mit derjenigen von andern inzwischen verhandelten, ähnlich liegenden Fällen vermischen würde. Die beisitzenden Richter müßten sich ihr Urteil auf Grund der Verhandlungen des zweiten und der Notizen und Protokolle über die Verhandlungen des ersten Tages, welche nur durch einzelne lückenhafte Erinnerungen ergänzt werden könnten, also auf teilweise durchaus trügerischer Grundlage bilden; schließlich würde man wahrscheinlich zu den Akten des Vorverfahrens seine Zuflucht nehmen.

Hierzu würde aber noch ein zweiter höchst gewichtiger Übelstand treten.

Für die Berufungsinstanz ist unter Umständen durch § 366 Str.G.B. die Verlesung von Protokollen über die Aussagen der in der Hauptverhandlung erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen gestattet. Die Praxis macht von dieser Erlaubnis überwiegend einen sparsamen Gebrauch. Dies geschieht zunächst deshalb, weil diese Protokolle vielfach kein richtiges Bild von den betreffenden Aussagen geben, dann aber auch noch aus einem andern Grunde. Im Strafprozeß ist die Unmittelbarkeit von größter Bedeutung; der persönlich vernommene Entlastungszeuge wirkt, namentlich wenn er auf das Gericht einen günstigen Eindruck macht, ganz anders, als die Verlesung des Protokolls über die Aussage des Belastungszeugen. Deshalb müssen auch letztere persönlich geladen werden. Bekanntlich erfolgen auch im Wiederaufnahmeverfahren ungerechtfertigte Freisprechungen vielfach dann, wenn die neuen Entlastungszeugen persönlich gehört, die Aussagen der frühern, jetzt nicht mehr zu ermittelnden oder verstorbenen Belastungszeugen nur verlesen werden.

Ähnlich müßte sich die Sache stellen, wenn die Kriesschen

Vorschläge Geseß würden. Im zweiten Termin würden fast nur die vom Angeklagten vorgeschlagenen Zeugen vernommen werden; ihre Aussagen müßten notwendig auf die Mitglieder des Gerichts vielfach einen stärkern Eindruck machen, als die Erinnerung an die Aussagen der im frühern Termin vernommenen Belastungszeugen. Eine große Anzahl sachlich unrichtiger Urteile würde die Folge sein.

Eine angemessene Berücksichtigung der Verteidigungsmomente läßt sich nicht durch die unannehmbaren Kriesschen Vorschläge, sondern nur durch ein mündliches Vorverfahren erreichen, in welchem der Richter auch die Entlastungsbeweise aufnimmt und sichtet, so daß nur die erheblichen zur Hauptverhandlung gelangen. Wird der Beschuldigte erst nach der Vorverhandlung, wenn er deren Ergebnisse nochmals erwogen hat, völlig klar über das, was man ihm zur Last legt, so wird er dann immer noch leichter im stande sein, die richtigen Schutzzeugen herauszufinden und entweder unmittelbar zu laden oder ihre gerichtliche Ladung gleich zum ersten Hauptverhandlungstermin durch geeignete Anträge herbeizuführen. Eine Vertagung der Hauptverhandlung zur Aufnahme des Entlastungsbeweises wird dann sehr selten, jedenfalls viel seltener als jetzt, erforderlich werden.
